



Parlament
Österreich

Bundesrat



Tätigkeitsbericht 2021/2022

Tirol | Vorarlberg







Inhalt

Vorworte zum Tätigkeitsbericht des Bundesrates 2021/2022

| | |
|---|----|
| Bundesratspräsident Peter Raggl | 6 |
| Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs | 8 |
| Die Fraktionsvorsitzenden im Bundesrat | 10 |

Tiroler Präsidentschaft | 2. Halbjahr 2021

| | |
|---|----|
| Starke Regionen, starke Republik | 16 |
| Antrittsrede Bundesratspräsident Peter Raggl | 18 |
| Tirolabend im Parlament | 24 |
| Landeshauptmann Günther Platter in der Länderkammer | 26 |
| Neue Wertschätzung für den ländlichen Raum | 28 |
| Sprachrohr für Chancengerechtigkeit in den Regionen | 30 |
| Globales Treffen der Parlamentspräsident:innen | 32 |
| Austausch im Rahmen des Kinderrechteausschusses | 35 |
| Bericht über internationale Freiwilligeneinsätze | 36 |
| Global Peace Photo Award 2021 | 39 |
| Post-Corona: Impulse für Landwirtschaft und Tourismus | 41 |
| Buchpräsentation: „Ändert sich nichts, ändert sich alles“ | 45 |
| Ausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau | 48 |
| Ein Weihnachtsbaum aus Tirol | 51 |
| Abschiedsbilanz: Appell an Zusammenhalt im Land | 52 |
| Regional und international: Der vernetzte Bundesrat | 54 |
| Besuch in London, Belfast und Edinburgh | 58 |

Vorarlberger Präsidentschaft | 1. Halbjahr 2022

| | |
|--|-----|
| Gemeinsam in Verantwortung | 62 |
| Antrittsrede Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs | 64 |
| Landeshauptmann Markus Wallner in der Länderkammer | 70 |
| Auszeichnung feuerwehreffreundlicher Betriebe | 72 |
| Konferenz der EU-Parlamentspräsident:innen in Brdo | 74 |
| Solidarische Unterstützung für Geflüchtete | 76 |
| Fachgespräch: Zukunft von Wirtschaft und Arbeit | 78 |
| Bundesrat im Bundesland mit Besuch in Liechtenstein | 81 |
| Familien- und Kinderrechteausschuss in Bregenz | 83 |
| Gedenken als erinnernder Mahnruf | 84 |
| Enquete: Die Zukunft dezentraler Lebensräume | 89 |
| 45 Jahre Volksanwaltschaft | 92 |
| Zukunftsperspektiven für die regionale Mobilität | 94 |
| Abschiedsrede: Stärkung der Regionen unterstützen | 98 |
| National und international vernetzt | 100 |
| Bundesratspräsidium in den Vereinigten Staaten | 106 |
| | |
| Zahlen und Fakten 2. Halbjahr 2021 | 110 |
| Zahlen und Fakten 1. Halbjahr 2022 | 113 |
| Bildnachweis | 116 |

Peter Raggl

Präsident des Bundesrates



Tirol | 2. Halbjahr 2021

Die Präsidentschaft Tirols im Bundesrat stand unter dem Motto „Starke Regionen, starke Republik“ und fügte sich damit in das Thema „Masterplan für den ländlichen Raum“ ein, das schon die vorangegangenen vier Präsidentschaften begleitet und mit dem unsere Länderkammer die Themenführerschaft für die ländlichen Regionen übernommen hat. Diese und andere Initiativen der Zukunftskammer Bundesrat wurden über die Fraktionsgrenzen hinweg gesetzt und sind Ausdruck der Zusammenarbeit von Ländern und Parteien.

Im Zeichen der Förderung des ländlichen Raums stand die parlamentarische Enquete des Bundesrates „Neue Wertschätzung für den ländlichen Raum“. Sie hat etwa aufgezeigt, dass die Covid-19-Pandemie eine neue Wertschätzung für den ländlichen Raum mit sich gebracht hat. Der Wunsch, in einer gesundheitsfördernden Umwelt am Land und in der

Geborgenheit einer ländlichen Gemeinschaft zu leben sowie von bäuerlicher Nahversorgung zu profitieren, ist deutlich gewachsen. Damit die ländlichen Regionen ihre Attraktivität weiter steigern können, bedarf es aber der entsprechenden Rahmenbedingungen. Mitglieder des Bundesrates und Abgeordnete des Tiroler Landtages, die eben diese Rahmenbedingungen schaffen sollen, haben sich deshalb in Innsbruck zum „Bundesrat im Bundesland“ zusammengefunden, um über aktuelle Themen aus den Bereichen, Umwelt- und Klimaschutz, Verkehr, Raumordnung und Gesundheit zu sprechen.

Der Bundesrat ist nicht nur der Vertreter der Länder und Regionen in Wien. Er ist auch das Scharnier der ländlichen Regionen zur internationalen Politik. Mein Halbjahr als Vorsitzender der Länderkammer war neben den Besuchen von Botschafter:innen oder regionalen Präsident:innen besonders davon geprägt.

Anfang September fand in Wien nämlich die Weltkonferenz der Parlamentspräsident:innen statt, bei der ich als Mitgestalter zahlreiche bilaterale Gespräche, unter anderem mit der Vorsitzenden des Föderationsrates der Russischen Föderation und der japanischen Parlamentspräsidentin, geführt habe.

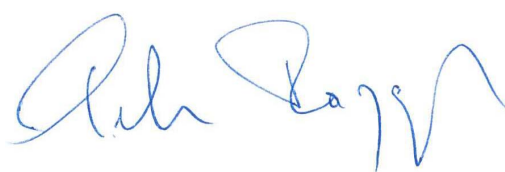
Wie sehr selbst nationale Regionen von internationalen Entwicklungen betroffen sind, ist nicht nur in diesen bilateralen Gesprächen regelmäßig zu Tage getreten. Gerade die zahlreichen Gespräche mit Vertreter:innen des House of Lords, des nordirischen Parlaments oder der schottischen Regierung im Rahmen des Besuchs einer Bundesratsdelegation in London, Belfast und Edinburgh haben deutlich gezeigt, dass nationale Alleingänge weniger regionale Probleme lösen, als vielmehr zahlreiche neue schaffen.

Österreichs föderales System ist dagegen innerhalb der Europäischen Union sehr gut imstande, lokale Schwierigkeiten zu bewältigen und die Wirtschaft regional zu stärken. Wie wichtig dabei das Zusammenspiel von Landwirtschaft und Tourismus ist, hat der Bundesrat im Rahmen des parlamentarischen Fachgesprächs „Neue Impulse für Tourismus und Landwirtschaft“ aufgezeigt.

Ich habe den Vorsitz im Bundesrat mit viel Freude geführt, auch wenn es gerade in den Plenarsitzungen zunehmender Anstrengung bedurfte, für ein sachliches Gesprächsklima zu sorgen. Der Ton der politischen Auseinandersetzung hat sich nämlich auch im Bundesrat im Zuge der Covid-19-Pandemie verschärft.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die trotz dieser Umstände konstruktive Arbeit geleistet und den Tiroler Vorsitz begleitet und unterstützt haben. Ich sehe mit viel Zuversicht in die Zukunft unserer „Zukunftskammer Bundesrat“, die sich einmal mehr als unverzichtbare Stütze unserer Bundesländer und unserer Demokratie bewährt hat.

Ihr Bundesratspräsident



Peter Raggl

Christine Schwarz-Fuchs

Präsidentin des Bundesrates

Vorarlberg | 1. Halbjahr 2022



Mit der Präsidentschaft Vorarlbergs wurde der Schlusspunkt unter das Generalthema „Masterplan für den ländlichen Raum“ gesetzt, das sechs Präsidentschaften lang das Ziel verfolgte, mehr Chancengerechtigkeit für Österreichs ländliche Regionen zu schaffen. Der individuelle Schwerpunkt des Vorarlberger Ländervorsitzes lag auf der Zukunft dezentraler Lebensräume. In einer Enquete unter diesem Titel hat der Bundesrat die spezifischen Stärken und Schwächen unserer Regionen evaluiert und eruiert, wie wir unsere ländlichen Regionen fit für die Zukunft machen können.

Die Länderkammer des Parlaments hat sich darüber hinaus mit aktuellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft beschäftigt, etwa mit dem Fachkräftemangel, der eine der großen Herausforderungen für unsere Zukunft ist. In einem parlamentarischen Fachgespräch unter dem Titel „Die Zukunft von

Wirtschaft und Arbeit“ haben wir uns mit Expert:innen über verstärkte Aus- und Weiterbildung, insbesondere im Bereich der Lehrlinge, ausgetauscht.

Eine wesentliche Ursache für Abwanderung und Fachkräftemangel ist das unzureichende Angebot an Kinderbetreuung – ein Thema, dessen Lösung mir besonders am Herzen lag. Unzureichende Kinderbetreuung zwingt nämlich viele junge Familien dazu, aus den ländlichen in die städtischen Gebiete abzuwandern, und steht dem Wunsch, Familie und Beruf zu vereinbaren, im Wege.

Damit die aus der Enquete und dem Fachgespräch gewonnenen Erkenntnisse auch auf fruchtbaren Boden fallen und konkrete Schritte nach sich ziehen, habe ich mit 16 unserer Minister:innen und Staatssekretär:innen darüber gesprochen und bei ihnen unsere Anliegen deponiert.

Als Präsidentin des Bundesrates habe ich unsere Länderkammer im In- und Ausland repräsentiert, nicht nur gegenüber internationalen Vertreter:innen in Österreich, sondern auch bei Besuchen in den USA, in Indien, Warschau oder bei einem Besuch des ungarischen Parlamentspräsidenten und der neuen Staatspräsidentin in Budapest, bei Onlinemeetings der europäischen Parlamentspräsident:innen oder in Slowenien beim Treffen der europäischen Parlamentspräsident:innen. Der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine und Österreichs Eintreten für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in der Ukraine war bei all diesen Gesprächen ein wichtiges Thema.

Es war mir ein großes Anliegen, mit vielen Menschen zusammenzukommen, um zu hören, wo es Probleme gibt und wo wir als Bundesrat in Zukunft etwas bewirken können. Ich habe mit Landtagspräsident:innen, Volksanwält:innen, Bezirkshauptleuten, Bürgermeister:innen, Vertreter:innen der Religionsgemeinschaften, Unternehmer:innen und Arbeitnehmer:innen gesprochen. Es war sehr bereichernd, mit so vielen Menschen verschiedener politischer Herkunft, unterschiedlicher Glaubensrichtungen und Kulturen zusammenzutreffen. Solche Begegnungen

führen dazu, dass man seinen Standpunkt überdenkt, neue Überlegungen anstellt und sich neue Meinungen bildet.

Genau darin liegt auch die Stärke des Bundesrates. Der halbjährliche Wechsel des Ländervorsitzes ist einer kontinuierlichen Politik zwar hinderlich, bringt aber mit jedem neuen Halbjahr neue Schwerpunkte, neue Betrachtungsweisen und neue Meinungen, mit denen sich die Länderkammer auseinandersetzt.

Es war mir eine große Freude, für mein Bundesland Vorarlberg den Vorsitz im Bundesrat führen zu dürfen. Ich danke allen herzlich, die mich dabei begleitet und unterstützt haben.

Ihre Bundesratspräsidentin



Christine Schwarz-Fuchs

Karl Bader

ÖVP



Zwei sehr herausfordernde Halbjahre liegen hinter uns. Neben den Auswirkungen der Coronapandemie prägten vor allem der Überfall Russlands auf die Ukraine und damit einhergehend die globale Teuerung sowie die Energie- und Versorgungsproblematik unsere politische Arbeit. In schwierigen Zeiten braucht es Einigkeit, Solidarität und entschlossenes Handeln. Auf europäischer Ebene hat ein geeintes Europa mit harten Sanktionen ein deutliches Zeichen gegen diesen Invasionskrieg und für die europäischen Werte gesetzt. Österreich ist zwar ein neutraler Staat, aber wir sind keineswegs neutral gegenüber Gewalt.

Auf nationaler Ebene wurden zahlreiche Maßnahmen beschlossen, um die Auswirkungen der Pandemie und des Krieges bestmöglich abzufedern. Die Länderkammer war wie bereits in den letzten Jahren gefordert, die Gesetzesinitiativen der Regierung innerhalb eines möglichst

straffen Zeitrahmens zu prüfen und zu beschließen, um rasch Hilfe für die Menschen in unserem Land zu ermöglichen.

Im Zentrum der parlamentarischen Diskussionen standen dabei leider nur selten unterschiedliche Ansätze und Instrumente zur Krisenbewältigung. Wie in den sozialen Medien hat sich der Ton auch innerhalb der Länderkammer verschärft. Herabwürdigungen, Beleidigungen und die persönliche Profilierung stehen oftmals einer sachlichen Auseinandersetzung im Weg. Gerade in schwierigen Zeiten ist es jedoch Aufgabe der Politik, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen und für unser Land zu arbeiten.

Gehen wir im Interesse des Bundesrates mit gutem Beispiel voran und setzen wir ein Zeichen gegen die Spaltung der Gesellschaft, indem wir auch andere Meinungen und Argumente zulassen und uns mit gegenseitigem Respekt begegnen!

Korinna Schumann

SPÖ



Wie seit Anfang 2020 war die Sitzungsperiode des Bundesrates im zweiten Halbjahr 2021 und im ersten Halbjahr 2022 durch Corona geprägt. Spätestens ab Ende 2021 schlug zudem die grassierende Teuerung und ab Februar 2022 auch der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auf die Tätigkeit der Länderkammer durch.

Als SPÖ war für uns zentral, frühzeitig auf die Teuerung zu reagieren und echte Hilfen zu schaffen, aber: Fast all unsere Initiativen wurden abgelehnt. Nichtsdestotrotz muss auf eine stolze Bilanz hingewiesen werden: Wir brachten 81 Anträge ein, etwa die Hälfte im Rahmen der Sitzungen, die andere Hälfte über die Ausschüsse.

In insgesamt 63 Anfragen beehrten wir Auskunft von der Bundesregierung, davon waren 48 Anfragen schriftlich, zehn mündlich und fünf Anfragen dringlich. Zudem verlangten wir vom Bundeskanzler auch die Besprechung einer unzureichenden Anfragebeantwortung zum Abrutschen Österreichs im Demokratiereport.

Zu erwähnen sind auch vier Regierungserklärungen, die in den Berichtszeitraum fallen und die sich üblicherweise aufgrund von Regierungskrisen und den darauffolgenden Regierungsumbildungen vollzogen. Grundsätzlich halten wir nach diesen beiden Halbjahren fest: Wegen des Umgangs der Regierung mit Parlament und Opposition machen wir uns große Sorgen um unsere Demokratie.

Keine personellen Veränderungen in der Fraktion gab es nach der Landtagswahl in Oberösterreich. Sowohl Bettina Lancaster als auch Dominik Reisinger wurden nach der Landtagswahl wieder in die Länderkammer entsandt. Mit großer Trauer mussten wir den Tod unseres langjährigen Bundesrates und Freundes Wolfgang Beer aus Wien beklagen. Auf ihn folgte der aus Wien Favoriten stammende Sascha Obrecht.

Christoph Steiner

FPÖ



Rückblickend wirkt es wie eine traurige Ironie des Schicksals, dass in unserer letzten Bundesratssitzung vor dem Sommer eine Dringliche Anfrage unserer Fraktion zur Drangsalierung der Autofahrer behandelt wurde. Heute, knapp ein Jahr später erleben wir explodierende Spritpreise und eine durchaus hausgemachte Energiekrise, deren Ende nicht abzusehen ist. Über ein Jahr lang haben wir im Bundesrat davor gewarnt, dass die größtenteils ohne Evidenzgrundlage getroffenen, völlig überzogenen Coronamaßnahmen der Regierung in eine wirtschaftliche und soziale Krise führen werden. Man hat uns über unsägliche elf Regierungsumbildungen hinweg nicht glauben wollen. Die freiheitliche Fraktion begegnete diesem Chaos mit 33 Unselbständigen und 17 Selbständigen Anträgen.

Blicken wir zurück: Kurz nach der Wiedereinführung der FFP2-Maskenpflicht in Österreich (als einziges Land weltweit neben Italien) kam es in stolpern-

den Eskalationsschritten zur Errichtung eines Impfzwangregimes, unter welchem ab Dezember schließlich über zwei Millionen Menschen eingesperrt wurden, ohne etwas Unrechtes getan zu haben. Die dadurch erzeugte Spaltung in der Gesellschaft fand sich dabei selbst innerhalb der Fraktionen wieder, was sogar zu einem historischen Bruch mit dem ‚Klubzwang‘ in anderen Fraktionen führte. Als Sprachrohr der Bürger stellten wir weitere Dringliche Anfragen zu den Coronamaßnahmen und zur Teuerung, womit der Bundesrat gesamt eine stärkere Aufmerksamkeit der Medienöffentlichkeit bekam.

Das letzte Jahr hat mit tatkräftiger Unterstützung der Regierung die Abwärtsspirale eines unvergleichlichen Krisenjahres eingeläutet – die dadurch entstandenen Gräben in der Bevölkerung zeigen sich auch in den immer heftigeren Debatten im Bundesrat. Es bleibt zu hoffen, dass wir dies mitsamt dieser Regierung hinter uns lassen können.

Marco Schreuder

Grüne



Es ist ein Wort, das kaum jemand hören möchte: Krise. Sobald dieses Wort auftaucht, ist der Impuls, wegzutauchen oder abzulenken, groß – eine wohl allzu menschliche Reaktion. Aber es nützt nichts, schon gar nicht, wenn man politisch aktiv ist und die Verfassung einem eine Aufgabe zuteilt, nämlich im Bundesrat die Länderstimme im Gesetzwerdungsprozess zu sein.

Gewaltige Herausforderungen stehen vor uns: Ein brutaler Aggressionskrieg Russlands in Europa. Die Pandemie entwickelt sich womöglich zu einer Endemie, das bedeutet aber immer noch Wachsamkeit. Die Demokratie wird durch Korruption, Fakenews, Verschwörungstheorien und autoritäre Gelüste unter Druck gesetzt. Über allem steht immer noch die Klimakrise als die größte Bedrohung vor uns. Wir sehen die Gletscher vor unseren Augen verschwinden, Tierarten sterben und wie eine Generation um ihre eigene Zukunft bangen muss.

In schwierigen Zeiten ist es notwendig, die Zeichen der Zeit zu erkennen und geschlossen und entschlossen klug zu handeln. Die geschlossene europäische Solidarität mit der Zivilbevölkerung der Ukraine ist so eine Notwendigkeit, um Despoten nicht die Chance zu geben, immer mehr mit Gewalt an sich reißen zu wollen. Zugleich hat dieser Krieg gezeigt, wie wichtig es ist, aus Öl und Gas auszustiegen, was wiederum ein wichtiger Baustein gegen die Klimakrise ist – auch beim Verkehr.

Dies im Parlament zu diskutieren bedeutet Meinungsvielfalt und Ideenwettbewerb. Dies darf aber nicht zu verbalem Krawall führen, der sich leider im Bundesrat breitgemacht hat. Demokratie bedeutet Debattenkultur. Vielleicht schaffen wir nächstes Jahr, den Bundesrat auch in diesem Bereich wieder besser zu machen.



World Conference of
Speakers of Parliament





Tiroler Präsidentschaft

2. Halbjahr 2021



Starke Regionen, starke Republik

Bereits in seiner Antrittsrede in der Länderkammer betonte Bundesratspräsident Peter Ragg, dass er seinen Vorsitzschwerpunkt auf die Förderung der Chancengleichheit von Stadt und Land sowie auf eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Tourismus nach der Coronapandemie legen werde.

Tirol werde mit hoher Motivation daran gehen, Arbeitsplätze in Tourismus und Landwirtschaft zu sichern und zu schaffen und neue Chancen in diesen Sektoren auszuloten, damit nachhaltige Impulse für die Zukunft gesetzt werden können. Das werde vor allem dann gelingen, wenn die Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Tourismus verbessert werde. „Mir ist das ein besonderes Anliegen, weil ich überzeugt bin, dass das Zusammenspiel dieser Sektoren ein wesentlicher Faktor für den österreichischen Wirtschaftsmotor ist“, so Ragg. Während seiner Präsidentschaft wollte er mit vielen Partnerinnen und Partnern das Gespräch suchen, um gemeinsame, ressort-, sparten- und parteiübergreifende Perspektiven insbesondere für die ländlichen Regionen zu erarbeiten.

Der Coronaneustart sei in den Regionen untrennbar mit Tourismus und Landwirtschaft verbunden, zeigte sich Ragg überzeugt. Da der ländliche Raum die Heimat von zwei Dritteln der österreichischen Bevölkerung ist, wolle er seine Tiroler Vorsitzführung nutzen, um Themen ins Zentrum zu rücken, die den Menschen am Land am Herzen liegen, wie Ragg sagte. Dazu zählen etwa die Breitbandversorgung, Mobilität und Digitalisierung bis hin zur Nahversorgung und medizinischen Versorgung. „Wir brauchen in Österreich einen wirtschaftlich starken, lebendigen ländlichen Raum“, so der Bundesratspräsident. Ziel der von ihm initiierten Enquete am 20. Oktober zum Thema „Postcorona – Neue Wertschätzung für den ländlichen Raum“ sei es daher, neue Wertschätzung für den ländlichen Raum zu gewinnen.

Seinen Blick richtete Raggl in seiner Antrittsrede aber auch auf die Europäische Union. „Wir sind auch die Europakammer des Parlaments und deshalb dürfen wir trotz der vielen Verschiedenheiten den Blick in die Zukunft der EU nicht verlieren“, so der Bundesratspräsident. In einem geeinten Europa müsse es so viel Föderalismus wie möglich und so viel Zentralismus wie nötig geben. Eine föderalistische Auslegung von Rechtsstaatlichkeit oder Meinungsfreiheit könne es dabei aber nicht geben. Föderalismus sei

allerdings im Wettbewerb gefragt. „Wer gute Lösungen hat, wer innovativ ist, soll nicht durch ein überbordendes zentrales Regelwerk in der Weiterentwicklung behindert werden. Europa soll in einem Wettbewerb der Ideen stehen, in dem auch große Staaten von den kleinen lernen können“, sagte Raggl und verwies dabei auf den Bereich der Digitalisierung, bei dem es gerade kleine Staaten seien, die den großen die Messlatte gelegt hätten. Auch Österreich müsse sich da noch anstrengen.



Antrittsrede

Bundesratspräsident Peter Raggl

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Geschätzte Frau Landtagspräsidentin!

Meine lieben Familienmitglieder!

Meine lieben Mitarbeiter aus dem Tiroler

Bauernbund! Liebe Kolleginnen und Kol-

legen! Liebe Zuseher via Livestream, aber

auch liebe Zuseher via ORF III!

Ich darf euch alle recht herzlich hier im

Bundesrat beziehungsweise vom Bundes-
rat aus begrüßen!

Am 1. Juli haben wir – Tirol – in einem sehr feierlichen Festakt auf Schloss Ambras die Präsidenschaft im Bundesrat von der Steiermark, von Präsident Christian Buchmann, übernehmen dürfen. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Präsidium, Günther Novak aus Kärnten und der Vorarlbergerin Christine Schwarzfuchs, führe ich nun die nächsten sechs Monate den Vorsitz in der Länderkammer.



Ich habe das Amt des Bundesratspräsidenten mit großer Freude übernommen, weil ich überzeugt bin, damit gemeinsam mit meinen Vorgängern, aber auch mit meinen Nachfolgern einen wesentlichen Beitrag für die Weiterentwicklung des Bundesrates leisten zu können.

Lieber Herr Landeshauptmann, ich möchte dir, aber auch dem Tiroler Landtag auch an dieser Stelle noch einmal ein recht herzliches Dankeschön für die große Ehre sagen, die mir durch die Übertragung der Präsidentschaft durch den Tiroler Landtag zuteilgeworden ist. Ein herzliches Dankeschön auch dafür, dass wir gestern mit dem landesüblichen Empfang und dem Tirolabend den Beginn des Vorsitzes würdig und, wie ich glaube, für den einen oder anderen auch unvergesslich und gebührend feiern konnten.

Ich bin sehr stolz, die Tiroler Fahne weht seit gestern vor dem Parlament – die Hofburg ist derzeit also in Tiroler Hand. Die Präsidentschaftskanzlei ist ja nicht so weit entfernt, unser Bundespräsident stammt ja auch aus Tirol, er ist Landecker. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir gemeinsam mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen in der Hofburg ein bisschen etwas machen dürfen.

Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei meinem Vorgänger im Amt, dem steirischen Bundesrat Christian Buchmann. Christian, du hast dem Ruf des Bundesrates als Zukunfts- und Europakammer alle Ehre gemacht und den Vorsitz sehr souverän geführt.

Deine Initiativen zur Konferenz zur Zukunft Europas haben, glaube ich, einen sehr wichtigen Beitrag geleistet, um Europa wieder näher an die Bürgerinnen und Bürger heranzubringen. Lieber Christian, noch einmal herzlichen Dank für deinen Einsatz und deine erfolgreiche Präsidentschaft.

Den gestrigen Abend, ich habe ihn schon angesprochen, konnten wir ja beinahe so feiern, wie wir es von früher gewohnt waren, in einer gewissen Normalität. Ich bin überzeugt, dass die nächsten sechs Monate meiner Präsidentschaft unter einem sehr guten Vorzeichen stehen. Meine geplanten Veranstaltungen werden hoffentlich ohne größere Einschränkungen stattfinden können. Die Halbjahre meiner letzten drei Vorgänger waren ja von der Pandemie gezeichnet: Noch nie hatten wir so viele Sitzungen und Sondersitzungen im Bundesrat zu bewältigen, und ich bin sehr froh, dass jetzt voraussichtlich wieder Normalbetrieb im Parlament einziehen kann.

Mittlerweile haben wir das Virus im Griff, und mit vollem Elan können wir alle daran gehen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Ich habe für meine Präsidentschaft das Motto „Starke Regionen, starke Republik“ gewählt. Damit wird das von meinen Vorgängerpräsidentschaften begonnene Generalthema nach dem Masterplan ländlicher Raum, damals initiiert von unserem Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter, fortgeführt – und ich glaube, es ist in der Zwischenzeit auch im Bundesrat sehr erfolgreich angekommen. Ich werde dabei meinen Schwerpunkt auf die Förderung der Chancengleichheit von Stadt und Land legen sowie versuchen, eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Tourismus nach der Pandemie zu erreichen.

Tirol wird jetzt mit großer Motivation darangehen, verloren gegangene Arbeitsplätze im Tourismus wiederzubeleben, Arbeitsplätze abzusichern und neue zu schaffen, und wir werden zusammenhelfen, um der im Zusammenhang mit dieser Krise auch in Bedrängnis geratenen Tiroler Landwirtschaft zu helfen, damit man gemeinsam positiv in die Zukunft schauen kann. Das wird eben durch eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Tourismus geschehen.

Wir wissen, gerade im vom Tourismus geprägten Land Tirol, aber auch in anderen Tourismusgebieten sind die Bereiche sehr voneinander abhängig.

Es braucht ein positives Zusammenspiel dieser Sektoren, weil sie einen sehr wesentlichen Wirtschaftsimpuls für die österreichische Wirtschaft insgesamt geben können. Ich möchte während meiner Präsidentschaft mit vielen Partnern das Gespräch suchen und gemeinsam mit ihnen ressort-, sparten-, aber auch parteiübergreifende Perspektiven insbesondere für die ländlichen Regionen entwickeln.

Wir sind letzte Woche im Rahmen eines Fachgesprächs zum Thema „Post-Corona: Neue Impulse für Tourismus und Landwirtschaft“ im Palais Epstein zu dem Schluss gekommen, dass ein Coronaneustart in den Regionen untrennbar mit Tourismus und Landwirtschaft verbunden ist.

Der ländliche Raum und damit auch der Vertretungsanspruch von uns Bundesräten ist – das müssen wir wissen – die Heimat von zwei Dritteln der österreichischen Bevölkerung. Es wohnen über fünf Millionen Menschen in ländlichen Gemeinden, und gerade deswegen möchte ich die Tiroler Vorsitzführung nutzen, um Themen ins Zentrum zu rücken, die den

Menschen am Land am Herzen liegen: von der Breitbandversorgung über Mobilität und Digitalisierung bis hin zur Nahversorgung und medizinischen Versorgung.

Wir brauchen in Österreich einen wirtschaftlich starken, lebendigen ländlichen Raum. Die Weichen für die Zukunft müssen wir jetzt stellen, damit das Leben am Land weiterhin attraktiv und lebenswert bleibt und die Abwanderung für die nächsten Generationen nicht zum Thema wird. Ziel der von mir initiierten Enquete am 20.

Oktober hier im Haus wird es daher sein, neue Wertschätzung für den ländlichen Raum zu gewinnen. Die drei Bundesministerinnen Leonore Gewessler, Elisabeth Köstinger und Marga-

rete Schramböck werden dazu sprechen und der bekannte Zukunftsforscher Matthias Horx wird uns seine Vorstellungen von einer neuen Partnerschaft von Stadt und Land präsentieren – ich glaube, das ist ein sehr spannender Ansatz. Ich lade euch alle schon heute dazu ein.

Am Beispiel der Almwirtschaft werde ich dann gemeinsam mit unserem Landeshauptmann am 18. August auf einer Alm

in meiner Region die politischen Rahmenbedingungen für Landwirtschaft und Tourismus ausleuchten und überlegen, wie wir mit den regionalen Stärken neu durchstarten können, um unsere Zukunft zu gestalten.

Es ist uns im Bundesrat in den letzten Jahren, glaube ich, sehr gut gelungen, diesen auch als Zukunfts- und Europakammer zu positionieren. Wir sind in vielen Bereichen Themensetzer, wie zum Beispiel – wenn ich an das Vorsitzmotto der

Landtagspräsidentin denke – bei den Themen Pflege, Schutz des Trinkwassers – von Präsident Appé gewählt –, Digitalisierung, Entwicklung des ländlichen Raums oder beim Thema

Zukunft Europas – von Präsident Buchmann gewählt. Mit diesen Themen waren wir den tagespolitischen Diskussionen oft voraus.

Wir sind auch die Europakammer des Parlaments, und deshalb dürfen wir trotz der vielen Verschiedenheiten und Herausforderungen den Glauben an die Zukunft der EU nie verlieren. Europa ist unsere Heimat. Wir haben stets viel mehr, das

„Die Weichen für die Zukunft müssen wir jetzt stellen, damit das Leben am Land weiterhin attraktiv und lebenswert bleibt.“

Bundesratspräsident Peter Raggl

uns verbindet, als das uns trennt. Natürlich sind dabei jene europäischen Grundregeln wie die Rechtsstaatlichkeit oder die Freiheit der Meinung und damit der Medien in allen Mitgliedstaaten vollständig zu gewährleisten.

In einem geeinten Europa muss es so viel Föderalismus wie möglich und so viel Zentralismus wie nötig geben. Eine föderalistische Auslegung von Rechtsstaatlichkeit oder Meinungsfreiheit kann es jedenfalls nicht geben. Föderalismus ist dagegen im Wettbewerb gefragt: Wer gute Lösungen hat, wer innovativ ist, soll nicht durch ein überbordendes zentrales Regelwerk – vor allem in Brüssel – in der Weiterentwicklung behindert werden. Europa soll in einem Wettbewerb der Ideen stehen, in dem auch große Staaten von kleineren Staaten lernen können – etwa im Bereich der Digitalisierung, bei dem es gerade kleine Staaten sind, die den großen die Messlatte gelegt haben.

In Österreich haben wir diesbezüglich entsprechenden Aufholbedarf. Wir müssen uns noch gehörig anstrengen, um eines Tages ein digitaler Spitzenreiter zu sein und auch den Regionen eine faire Chance zu geben, ihnen den technischen Anschluss an die städtischen Gebiete zu ermöglichen. Da gibt es wirklich noch viel

Potenzial für Innovationen zum gemeinsamen Besten von Stadt und Land. Gerade der Föderalismus trägt sich da gemeinsam, um etwas zum Besten beizutragen. Mehr Gemeinsamkeit – das gilt für die EU, das gilt auf nationaler Ebene und das gilt auch im Umgang der Bürgerinnen und Bürger miteinander.

Ich habe schon eingangs erwähnt: Wir glauben, dass wir jetzt in einen parlamentarischen Normalbetrieb wechseln können. Covid-19 wird uns trotzdem noch länger beschäftigen. Die Pandemie hat viele gute Eigenschaften in uns hervorgerufen, etwa den Willen, einander zu helfen und aufeinander Rücksicht zu nehmen. Sie hat aber auch, und das ist die negative Seite, überbordenden Egoismus, Gleichgültigkeit gegenüber der Gemeinschaft und einen zunehmend feindseligen Umgangston, insbesondere in den sozialen Medien, mit sich gebracht.

Der Herr Landeshauptmann hat es gestern schon angesprochen: Auch hier im Hohen Haus und zum Teil auch in den Landesparlamenten hat sich der Ton in den Debatten deutlich verschärft. Ich hoffe, und das wirklich inständig, dass mit dem Rückgang der Pandemie auch unsere Diskussionskultur wieder besser wird, denn wenn die Öffentlichkeit von der

Kampfrhetorik der Parlamentarier noch angespornt wird, wird sich die Situation mit Sicherheit nicht verbessern.

Bald wird diese Pandemie der Vergangenheit angehören, davon bin ich überzeugt. Wir alle werden uns dann fragen lassen müssen, was jeder Einzelne von uns dafür getan hat. Bleiben wir als Scharfmacher oder als verantwortungsvolle Mandatäre, die sich für die Bürgerinnen und Bürger eingesetzt haben, die fähig waren, Kompromisse zu schließen und das Wohl des Ganzen über persönliche Profilierung zu stellen, in Erinnerung?

2021 soll für uns alle ein Jahr des Aufbruchs, des Comebacks aus der Gesundheits- und Wirtschaftskrise werden.

Gemeinsam sollen sich Bund und Länder, Gemeinden und Städte dafür einsetzen, dass wir unser gewohntes Leben Stück für Stück zurückgewinnen und unsere Wirtschaft wieder aufgebaut wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – und damit komme ich zum Schluss –, ich lade euch alle herzlichst ein, in den nächsten Monaten in euren Ländern Botschafter unserer Zukunfts- und Europakammer zu sein und in gegenseitiger Wertschätzung ein positives Bild des Bundesrates in unserer Zukunft zu vermitteln. Dafür wünsche ich uns allen viel Erfolg.

– Danke schön.

Tirolabend im Parlament

Mit einem landesüblichen Tiroler Empfang am Heldenplatz und einer Festveranstaltung im Parlament in der Hofburg leitete Bundesratspräsident Peter Raggl offiziell seinen Vorsitz in der Länderkammer für die zweite Jahreshälfte 2021 ein.

Bundesratspräsident Raggl erklärte anhand seines Heimatbezirkes Landeck die Verzahnung von Landwirtschaft und Tourismus und die nun zu erfolgende Wiederaufbauarbeit nach der Covid-Pandemie. Demnach zählten im Bezirk Landeck 60 Prozent der bäuerlichen Be-

triebe zu Bergbaugebieten. Durch Corona bilanzierte die vergangene Wintersaison mit nahezu null Nächtigungen, damit sei auch die Landwirtschaft in Bedrängnis gekommen. „Geht es der Landwirtschaft gut, geht es dem Tourismus gut“, so Raggl, daher habe er seine Bundesratspräsidenten-





schaft unter das Motto „Starke Regionen, starke Republik“ gestellt. Er wolle damit Tourismus und Landwirtschaft stärker als bisher verzahnen.

Föderalismus wird oft falsch verstanden

Dieses Motto bekräftigte auch Tirols Landeshauptmann Günther Platter in seinen Grußworten mit Hinweis auf die positiven Seiten des Föderalismus. „Geht es den Bundesländern gut, geht es der Republik Österreich gut“, so Platter.

Föderalismus werde als „ewiggestrig“ oft falsch verstanden. Tatsache sei jedoch, dass der Föderalismus eine entscheidende Rolle spiele, denn damit sei man nah an den Menschen, und das funktioniere eben nur im Zusammenspiel von Ländern, Gemeinden und dem Bund, so Platter.

Für die musikalische Umrahmung sorgte das Bläserensemble der Musikkapelle Schönwies. Schönwies ist die Heimatgemeinde von Peter Raggl. Vor dem Parlament wurde die Fahne Tirols gehisst.

(links) Bundesratspräsident Peter Raggl bei seiner Ansprache

(rechts oben) Tiroler Landeshauptmann Günther Platter und Bundesratspräsident Peter Raggl

Landeshauptmann Günther Platter in der Länderkammer

Anlässlich der Tiroler Vorsitzübernahme im Bundesrat sowie in der Landeshauptleutekonferenz gab Landeshauptmann Günther Platter eine Erklärung zum Thema „Österreichs Zukunft sichern“ im Plenum der Länderkammer ab.

Dabei zeigte sich Platter überzeugt, dass die Pandemiebekämpfung nur in einem „guten Zusammenspiel zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern“ funktionieren. Dafür seien die föderalen Strukturen von großer Bedeutung.

Die ÖVP betonte in der Debatte die Wichtigkeit, die Unabhängigkeit in systemrelevanten Bereichen, etwa im Energie- oder im medizinischen Bereich, zu stärken, während sich die Grünen für eine Evaluierung des Coronamanagements aussprachen. SPÖ und FPÖ kritisierten, unter anderem in Bezug auf die Causa Ischgl, das Coronamissmanagement der Landesregierung. Die NEOS forderten einen Zukunftskonvent für einen „Neustart Österreichs“.

Platter: „Die Pandemie wird uns noch weiter beschäftigen, das Virus ist nicht weg“

„Das föderale System ist unverzichtbar“, das habe man gerade in den Zeiten der Pandemie gesehen, betonte Platter in seiner Erklärung vor dem Bundesrat. Er geht davon aus, dass „uns die Pandemie weiter beschäftigen wird, da das Virus nicht weg ist“. Man dürfe aber nicht überreagieren, entscheidend sei die Hospitalisierungsrate. Der Schlüssel gegen die Pandemie sei immer noch die Impfung, da müsse man die Bevölkerung weiter sensibilisieren und an die Eigenverantwortung appellieren, so der Tiroler Landeshauptmann.

Die Bereiche Arbeitsmarkt und Wirtschaft, in Tirol insbesondere der Touris-



mus, seien pandemiebedingt besonders betroffen. „Hier müssen wir alles daran setzen, dass die Menschen wieder Arbeit haben und die Wirtschaft anläuft“, unterstrich Platter. Eine „große Lehre“ sei zudem, dass „nicht alles auf andere Kontinente ausgelagert werden kann“. Platter erwähnte etwa die Produktion von Masken oder Medikamenten. Zudem müsse man die Landflucht „mit allen Mitteln bekämpfen“, denn nur starke Regionen würden zu einer starken Republik beitragen, betonte der Landeshauptmann vor der Länderkammer. Diesbezüglich sei vor allem der Breitbandausbau zur weiteren

Digitalisierung hervorzuheben. Laut Platter besteht zudem „ein riesiges Problem mit dem Wolf“. Dabei gehe es auch darum, den Schutzstatus zu überdenken. Er ersuchte die Bundesregierung, sich damit auseinanderzusetzen.

Platter appellierte abschließend, auf die Wortwahl in der Politik zu achten. Kritische Debatten würden zwar zu gelebtem Parlamentarismus dazugehören, Politiker:innen müssten dabei jedoch konstruktiv agieren, ansonsten würden sich die Menschen von der Politik abwenden.

Neue Wertschätzung für den ländlichen Raum

Die Veränderungen, die Österreich im Zuge der Covid-19-Pandemie durchmacht, behandelte der Bundesrat in einer Enquete mit dem Titel „Postcorona – Neue Wertschätzung für den ländlichen Raum“.

In seinen einleitenden Worten meinte Bundesratspräsident Peter Raggl mit Verweis auf den Titel, anders als erhofft habe die Pandemie noch kein Ende gefunden. Vor diesem Hintergrund sei es bemerkenswert, wie schnell sich die heimische Wirtschaft in vielen Bereichen wieder erholt habe, nicht zuletzt dank der durch Corona erhöhten Akzeptanz ortsungebundener Arbeitens. Wie aus diesem Trend eine neue Partnerschaft zwischen Stadt und Land entstehen kann, werde heute erörtert, so Raggl: „Es geht um kein Gegeneinander, es geht mir um einen neuen Miteinander“.

Unter den Teilnehmer:innen der hochkarätig mit Expert:innen aus Wissenschaft, Politik, Arbeitsmarktservice und Sozialpartnerschaft besetzten Enquete war auch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.

Wirtschaftsaufschwung mit Dezentralisierung unterstützen

Österreich habe sich durch die Pandemie gewandelt, so Präsident Raggl. „Corona hat vieles verändert“, habe die Gesellschaft in vielen Dingen geeint, sie aber auch in manchen Bereichen gespalten. „Sie hat aber jedenfalls eine neue Wertschätzung für den ländlichen Raum mit sich gebracht“, so Raggl, der eine neue Chance, die Regionen mit ihrer ländlichen Gemeinschaft, intakten Umwelt und bäuerlichen Nahversorgung wieder als Wohn- und Arbeitsorte attraktiver zu machen. Nicht zuletzt die schwierige Situation am Wohnungsmarkt in den städtischen Gebieten beschleunige neben dem durch Corona mehr akzeptierten Remote Work die Rückbesinnung auf den ländlichen Raum. Im Sinne einer prosperierenden Wirtschaft und eines guten Angebots

an Arbeitsplätzen brauche es daher eine bessere Vernetzung von Stadt und Land, folgerte Raggl. Er bezog sich dabei sowohl auf die Digitalisierung, die vorangetrieben werden müsse, als auch auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Letztlich gehe es darum, in Zeiten der Dezentralisierung am Land eine Chancengleichheit gegenüber der Stadtbevölkerung zu schaffen.

Horx: Rückbesinnung zum Land als neuer Trend

In seinem Impulsreferat beleuchtete der deutsche Publizist und Trendforscher Matthias Horx die von Präsident Raggl angeregte neue Partnerschaft zwischen Stadt und Land. In den letzten drei Jahrzehnten sei die Topographie Europas von einer „Turbo-Urbanisierung“ geprägt gewesen. Auch seitens der Politik sei oft ein unterschwelliger Kulturkampf zwischen Peripherien und Städten mit ihren sozialen Unterschieden heraufbeschworen worden. Das rapide Anwachsen der Großstädte habe zu einer Entleerung der ländlichen Räume geführt. Horx ließ dahingestellt, inwieweit diese extremen Sichtweisen der gesellschaftlichen Spaltung mit der Realität übereinstimmten,

hielt aber fest, durch Corona sei nun jedenfalls ein Gegentrend erzeugt worden. Als neue Normalität kristallisiere sich „die Sehnsucht nach dem Land“ in großen Teilen der Bevölkerung heraus; viele wollten wieder näher an der Natur sein, auch „Urbanisten“ strebten nach einer neuen Lebensweise in der Stadt.



Die Digitalisierung spiele dabei eine bedeutende Rolle, analysierte Horx, fügte allerdings hinzu, das Internet allein könne die Verödung der Dörfer nicht beheben. Wichtig sei die progressive Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen den Bewohner:innen von Stadt und Land. „Die Liebe zur Heimat ist die Grundlage selbstbewussten Wandels“, schloss der Wissenschaftler. Die neue Auseinandersetzung zwischen Stadt und Land könne dadurch für alle bereichernd sein.

Sprachrohr für Chancengerechtigkeit in den Regionen

Bundesratspräsident Peter Raggli lud im September Vertreter:innen des Bundesrates und des Tiroler Landtags zum „Bundesrat im Bundesland“ nach Innsbruck. Dort wurden aktuelle politische Themen aus den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, Verkehr, Raumordnung und Gesundheit diskutiert.

Unter dem Motto „Starke Regionen, starke Republik“ empfingen Bundesratspräsident Raggli und die Präsidentin des Tiroler Landtages Sonja Ledl-Rossmann Vertreter:innen aller politischen Fraktionen des österreichischen Bundesrates und des Tiroler Landtages im frisch renovierten und barrierefreien Landtagssitzungssaal. Im politischen Austausch mit den Mitgliedern des Bundesrates und Abgeordneten des Tiroler Landtages referierten die Tiroler Regierungsmitglieder Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe, Landesrat Johannes Tratter und Landesrätin Annette Leja zu aktuellen politischen Themen aus den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, Verkehr, Raumordnung und Gesundheit.

„Für mich ist der Bundesrat die Klammer zwischen Bund und Ländern. Ich habe als Motto meiner Präsidentschaft ‚Starke

Regionen, starke Republik‘ gewählt, weil ich der festen Überzeugung bin, dass wir nur durch den grenzübergreifenden Austausch die besten Lösungen für Herausforderungen aus unterschiedlichen Bereichen finden. Umso mehr freut es mich, heute Kolleg:innen aus den anderen Bundesländern zum Austausch in Tirol begrüßen zu dürfen“, so Raggli.

Im Anschluss an den politischen Austausch im Tiroler Landhaus diskutierte die Delegation die Themen Regionalität und Herkunftskennzeichnung mit dem Präsidenten der Tiroler Landwirtschaftskammer Josef Hechenberger. Dazu meinte Raggli: „Um die ländlichen Regionen nachhaltig zu stärken, braucht es gerade in einem Tourismusland wie Tirol eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen Tourismus und Landwirtschaft. Hier arbeiten wir auf allen politischen Ebenen

seit Jahren intensiv an Maßnahmenbündeln, um die Partnerschaft zu intensivieren und die Wirtschaftskreisläufe vor Ort zu stärken, die heimische Landwirtschaft und Wirtschaft abzusichern und somit unsere Regionen lebenswert und attraktiv für uns und die Generation nach uns zu erhalten.“

Abschließend besuchten die Bundesrät:innen das Tiroler Volkskunstmuseum samt Hofkirche und das Haus der Musik, um sich mit den Museumsleitern Peter Assmann und Karl Berger sowie dem Direktor des Hauses der Musik Wolfgang Laubichler und der Schauspieldirektorin des Tiroler Landestheaters Christina Alexandridis auszutauschen.



(v. li.) Bundesratspräsident Peter Raggl, Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann und ÖVP-Fraktionsvorsitzender Karl Bader

Globales Treffen der Parlamentspräsident:innen

Die fünfte Weltkonferenz der Parlamentspräsident:innen, das erste physische interparlamentarische Großtreffen seit Beginn der Covid-19-Pandemie, wurde am 7. September 2021 in Wien eröffnet.



Im Zentrum der zweitägigen globalen Dialogplattform standen parlamentarische Gespräche zur Schaffung eines effektiven Multilateralismus, der Frieden und eine nachhaltige Entwicklung für Mensch und Planet sicherstellen soll.

„Dass wir hier in Wien zusammengekommen sind, ist für mich ein starkes Zeichen

dafür, dass Parlamentarier:innen auch auf internationaler Ebene nach Antworten auf die drängenden globalen Fragen suchen“, zeigte sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka erfreut. Wien könne nun seine historische Rolle als Brückenbauer erneut einnehmen, um einen globalen Dialog „im Herzen Europas“ zu ermöglichen. Er sei davon überzeugt, dass die Parlamente zu einem effektiveren Multilateralismus im Dienste aller Menschen für Frieden und eine nachhaltige Entwicklung einen essentiellen Beitrag leisten können, so der Nationalratspräsident. Die sozioökonomischen Effekte der Pandemie würden die Lebensgrundlage von Millionen Menschen bedrohen und das ständige Abwägen zwischen individueller Freiheit und kollektiver Gesundheit habe das Vertrauen der Bürger:innen in vielen Ländern auf eine harte Probe gestellt. Deshalb liege es in der Verantwortung der Parlamente, in einer globalisierten Welt grenzüberschreitende Lösungen für grenzüberschreitende Probleme zu finden.

Auch Bundesratspräsident Peter Raggli verwies in seinen einleitenden Worten auf die sozialen und politischen Folgen der Covid-19-Pandemie. Zu deren Bewältigung sei es notwendig, Globales und Lokales zusammenzudenken, was nur durch einen inklusiven interparlamen-



tarischen Dialog erfolgen könne. Raggl zeigte sich erfreut, dass auch zahlreiche Vertreter:innen der föderalen Kammern an der Konferenz teilnehmen. Dies sei ein wichtiges Signal dafür, dass die Regionen im Rahmen der parlamentarischen Diplomatie ihre Verantwortung wahrnehmen.

„Die Pandemie hat gezeigt, dass wir nur durch Multilateralismus und Zusammenarbeit gemeinsame Lösungen für weltweite Herausforderungen finden können“, zeigte sich auch IPU-Präsident Duarte Pacheco über die Wichtigkeit des Gipfeltreffens in Wien überzeugt. Es sei notwendig, dass sich die Parlamentarier:innen aller Nationen ihrer Verantwortung und Führungsrolle bewusst werden, um mit „ver-

einten Kräften“ für eine bessere Welt zu kämpfen. Pacheco drückte ferner seine Solidarität mit den Parlamentarier:innen in Krisengebieten wie Afghanistan, Myanmar und Guinea aus und forderte die Wahrung ihrer Rechte.

Im Zentrum der IPU-Weltkonferenz standen Gespräche über aktuelle globale Herausforderungen, wie etwa die Gleichstellung der Geschlechter, die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie oder des Klimawandels, sowie über die Transparenz und Sicherheit von Parlamenten. Darüber hinaus bot sie Gelegenheit zum direkten Austausch zwischen führenden Parlamentarier:innen.



(v. li.) Bundesratspräsident Peter Raggl, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, IPU-Präsident Duarte Pacheco

Austausch im Rahmen des Kinderrechteausschusses

Mitglieder des Kinderrechte- und des Familien- und Jugendausschusses des Bundesrats waren am 8. November 2021 für Gespräche zu Gast in Innsbruck. Sie folgten damit der Tradition des Kinderrechteausschusses, das Bundesland der aktuellen Bundesratspräsidentschaft zu besuchen.

Unter den Teilnehmer:innen waren die Vorsitzende des Kinderrechteausschusses Daniela Gruber-Pruner und die Vorsitzende des Ausschusses für Familie und Jugend Marlene Zeidler-Beck.

Zu Beginn des Besuchs diskutierten die Bundesrät:innen im historischen Landtagssaal mit Abgeordneten zum Tiroler Landtag aktuelle Themen in Bezug auf Kinder und Jugendliche. Einigkeit herrschte darüber, dass sich Kinder und Jugendliche einen eigenen politischen Fokus verdienen. Deshalb stieß die Tatsache, dass die Kinderrechte im Bundesrat in einem eigenen Ausschuss Beachtung finden, auf großes Interesse. Anschließend folgte ein Austausch mit der Kinder- und Jugendanwältin für Tirol Elisabeth Harasser. Sie zog Bilanz über die Verbesserungen sowie die neuen Herausforderungen der letzten Jahre im Kinder- und

Jugendbereich. Ebenfalls am Programm stand ein gemeinsames Mittagessen mit Bundesratspräsident Peter Raggl.

Bei diesem Besuch in Tirol wurde außerdem das Projekt „jung&weise“ des Vereins Welt der Kinder vorgestellt. Ziel des Projekts ist es, die Anliegen junger Menschen zu berücksichtigen und Veränderungen herbeizuführen. Die Themen der Jugendlichen können dabei etwa Alltagsrassismus genauso wie etwa den Wunsch nach einer überdachten Aufenthaltsmöglichkeit für Freund:innen im Freien umfassen.

Ziel der Besuche des Kinderrechteausschusses in den Bundesländern ist es, die Auseinandersetzung mit den Rechten von Kindern und Jugendlichen anzuregen sowie Informationen über Best-Practice-Modelle und aktuelle Handlungsfelder in den einzelnen Bundesländern zu erhalten.

Bericht über internationale Freiwilligeneinsätze

Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie wichtig ehrenamtliches Engagement ist. Eine besondere Form des Ehrenamts sind internationale Freiwilligeneinsätze. Welche Auswirkungen die Covid-19-Pandemie auf diese hatte, beleuchtete die Veranstaltung „Internationale Freiwilligeneinsätze 2020: Rückschau und Ausblicke“.

Eine Veranstaltung zu diesem Thema fand am 20. September 2021 im Parlament statt. Dabei wurden die Ergebnisse des gleichnamigen Berichtes von WeltWegWeiser, einer Servicestelle für internationale Freiwilligeneinsätze, die von der

Organisation Jugend Eine Welt getragen wird, präsentiert.

Gesetze könnten nicht normieren, dass Menschen freiwillig ein Ehrenamt ausüben, zeigte sich Bundesratspräsident





Peter Raggl in seiner Eröffnungsrede überzeugt. Es sei aber – insbesondere nach der Covid-19-Pandemie – Aufgabe der Politik, Menschen zu motivieren, ihr ehrenamtliches Engagement wieder aufzunehmen. Es müsse das Bewusstsein dafür gestärkt werden, dass das Ehrenamt etwas Unverzichtbares für die Gesellschaft sei. Viele Bereiche des öffentlichen Lebens seien ohne diesen Einsatz nicht denkbar.

Organisationen des internationalen Freiwilligeneinsatzes hätten das Ziel, die Welt

zum Besseren zu verändern, betonte Raggl weiter. Ehrenamtliche würden mit ihrem internationalen Einsatz Solidarität mit jenen Menschen zeigen, die nicht das Glück haben, in einem Staat wie Österreich mit einem dichtmaschigen sozialen Netz und einer fast unglaublichen Anzahl an Ehrenamtlichen leben zu können. Der Bundesratspräsident bedankte sich bei allen im internationalen Freiwilligeneinsatz Engagierten. Sie seien Botschafterinnen und Botschafter Österreichs im Zeichen des Friedens und der Mitmenschlichkeit.

(links, v. li.) Geschäftsführer und Mitgründer von Jugend Eine Welt Reinhard Heiserer, Moderator Friedbert Ottacher, Tamia Alcázar und Sophia Stanger von WeltWegWeiser, Bundesratspräsident Peter Raggl, Stv. Obfrau von Braveaurora Susanne Gahleitner, ehemaliger Freiwilliger von Internationaler Freiwilligeneinsätze CÖ gGmbH Florian Brandstätter

Präsentation des Berichtes: mehr, aber kürzere Einsätze

Der Bericht „Internationale Freiwilligeinsätze 2020: Rückschau und Ausblicke“ zeigt, dass 2020 mit der Covid-19-Krise die Zahl der Einsätze zwar zurückging, der Einbruch aber nicht das befürchtete Ausmaß erreichte.

Ein weiterer Trend, der beobachtet werden konnte, sei, dass die Einsätze kürzer werden. Dauerten 2015 noch 49 Prozent aller Einsätze zwischen zehn und zwölf Monate, waren es 2018 nur mehr 44 Prozent. Es zeige sich ein Trend zu mehr, aber dafür kürzeren Einsätzen. Die geringere Anzahl und teilweise verkürzten Einsätze im Jahr 2020 stehen wohl vorwiegend mit der Pandemie in

Verbindung, wird im Bericht angeführt. Die ursprünglich geplante Dauer der Einsätze im Ausland konnte aufgrund von Covid-19 oft nicht eingehalten werden – viele Freiwillige kehrten verfrüht zurück. Einige von ihnen konnten ihren Einsatz aber in Europa beziehungsweise in Österreich fortführen und abschließen. Die meisten Einsätze fanden in Ecuador gefolgt von Indien sowie Israel und Palästina statt.

Ein Großteil der Freiwilligen ist dem Bericht nach zwischen 18 und 25 Jahre alt (84 Prozent). Die Mehrheit der Freiwilligen sind wie in vergangenen Jahren Frauen mit 56,12 Prozent, tendenziell scheint sich das Verhältnis zwischen Männern und Frauen aber auszugleichen.

Global Peace Photo Award 2021

Aus Tausenden Einreichungen wird jährlich das weltbeste Foto zum Thema Frieden ausgewählt und mit dem Global Peace Photo Award ausgezeichnet. Am 21. September 2021 wurde dieses Zeichen für ein weltweites friedliches Miteinander auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Dachfoyer der Hofburg gesetzt.

Der Global Peace Photo Award wurde ursprünglich als Alfred Fried Photography Award ins Leben gerufen. Von einer international besetzten Jury werden jährlich fünf Arbeiten nominiert, die mit dem Global Peace Award geehrt werden. Es werden jene Bilder ausgezeichnet, die das Thema Frieden am besten sichtbar machen. Aus dem Kreis der nominierten Bilder wählt die Jury auch das beste Kinder-Friedensbild des Jahres. Bundesratspräsident Peter Raggl eröffnete die Verleihung und dankte den Partnerorganisationen Edition Lammerhuber, World Press Photo Foundation, Photographische Gesellschaft, UNESCO, International Press Institute, Vereinigung der Parlamentsredakteurinnen und -redakteure und Deutscher Jugendfotopreis.

Der Preis würdige Fotograf:innen, „deren Bilder unser stetiges Streben nach einem

friedlichen Zusammenleben, nach dem Erhalt der natürlichen Vielfalt unseres Planeten, nach Gerechtigkeit und Chancengleichheit widerspiegeln“, so Raggl. Die Künstler:innen würden die guten Seiten des Menschseins in einer von verschiedensten Krisen gerüttelten Welt zeigen und Hoffnung auf ein besseres, friedlicheres Zusammenleben geben. Verleger und Initiator des Awards Lois Lammerhuber, der auch durch den Abend führte, erinnerte das Publikum daran, dass das Datum der Verleihung kein zufälliges sei, sondern bewusst auf den Internationalen Tag des Friedens der Vereinten Nationen gelegt wurde.

Die Hauptpreisträgerin des Abends war Maggie Shannon aus den USA mit ihrer Fotoserie „Extreme Pain, but Also Extreme Joy“. Shannon begleitete Hebammen in Los Angeles in ihrem besonders herausfor-



dernden Arbeitsalltag während der Coronapandemie. Ihre Bilder zeigen die Bedeutung des Körperkontakts in Zeiten des Kontaktverbots und das Entstehen neuen Lebens in der Allgegenwart des Todes.

Das Foto „Lap of Peace“ der siebenjährigen Aadhyaa Aravind Shankar aus dem indischen Bengaluru wurde zum Chil-

dren's Peace Image of the Year erklärt.

Das Foto zeigt, wie ihre Mutter im Schoß ihrer lesenden Großmutter schläft, wobei beide Frauen von Pflanzen umgeben sind. Die Botschaft hinter dem idyllischen Bild deutete die junge Fotografin selbst damit, dass Friede nur möglich sei, solange auch die Natur intakt bleibe.

(v. li.) Managing Director der Edition Lammerhuber Silvia Lammerhuber, Bundesratspräsident Peter Raggli, Hauptpreisträgerin des Global Peace Photo Award 2021 Maggie Shannon und ehemaliger UNESCO Assistant Director-General Eric Falt

Post-Corona: Impulse für Landwirtschaft und Tourismus

„Landwirtschaft und Tourismus sind ein eingeschworenes Paar, funktioniert das eine nicht, leidet das andere“, sagte Bundesratspräsident Peter Raggl in seiner Eröffnungsrede bei der Podiumsdiskussion „Post-Corona: Neue Impulse für Tourismus und Landwirtschaft“ am 5. Juli 2022 im Parlament.

Wie wichtig das Zusammenspiel von Landwirtschaft und Tourismus ist, führte Raggl am Beispiel seines Heimatbezirks Landeck aus, wo es mit 60 Prozent Bergbauern gelinge, eine flächendeckende Bewirtschaftung aufrechtzuerhalten. In der Hochsaison gebe es im Bezirk mehr Gästebetten als Einwohner:innen. Während

des Lockdowns hatte die Landwirtschaft allerdings plötzlich keinen Absatz mehr. „Der Coronaneustart in den Bundesländern ist untrennbar verbunden mit Tourismus und Landwirtschaft. Der Einsatz regionaler Lebensmittel muss zum touristischen Erfolgsmodell werden,“ so Raggl.



Lehren aus der Krise und Schwachstellen

Elisabeth Köstinger, Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, führte in ihrem Einleitungsvortrag aus, dass man dank guter Teststrategie ohne harten Lockdown in sechs Bundesländern ausgekommen sei. „Corona war eine Katastrophe für den österreichischen Tourismus. 15 Prozent der Wirtschaftsleistung hängen am Tourismus sowie rund 715.000 Arbeitsplätze,“ erklärte Köstinger.

Wirtschaftlich müsse sehr viel geleistet werden, um wieder hochzukommen. Für den Tourismus und die Landwirtschaft seien geschlossene Grenzen ein Problem gewesen, weil Verpackungsmaterial und Arbeitskräfte fehlten. Ziel sei es, im Bereich der Qualität noch besser zu werden. Im Bereich der Landwirtschaft seien mehr Tierwohl und die Lebensmittelkennzeichnung ein Thema. Bei verarbeiteten Lebensmitteln müsse die Herkunft draufstehen, forderte Köstinger. „Die Menschen kauften mehr regional und bäuerliche



Produkte, das soll künftig noch verstärkt werden,“ so die Ministerin.

Probleme während des Lockdowns

Josef Hechenberger, Abgeordneter zum Nationalrat und Präsident der Landwirtschaftskammer Tirol, nannte als Beispiel für eine Krise in der Landwirtschaft während des Lockdowns den Milchmarkt: Am 13.3.2020 sei von einem Tag auf den anderen der Tourismus geschlossen worden. In Folge durften im Zillertal nur

mehr 80 Prozent der Milch abgeliefert werden. Somit gab es mehr Schlachtkühe und damit verbunden einen Preisverfall am Markt. 60 Prozent des Rindfleisches werde außer Haus verzehrt, so Hechenberger. Aufgrund der verschärften Einreisebedingungen sei teilweise Gemüse am Feld verfault, erläuterte er.

Betriebe weiterhin unterstützen

Martha Schultz, Vizepräsidentin der WKO, legte in ihrem Statement Wert auf die Tatsache, dass es immer noch Branchen gäbe, die Unterstützung bräuchten. Wichtig für den Tourismus sei die wieder erfolgte Öffnung zu den Kernmärkten, den Nachbarländern, gewesen. Ebenso sei es wichtig, die Übernahme von Familienbetrieben wieder attraktiv zu machen. Höhere Löhne und eine Senkung der Lohnnebenkosten sollten mithelfen, Fachkräfte und Arbeitskräfte im Tourismus zu finden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehöre auch zur Nachhaltigkeit, so Schultz. Der Ausbau der Digitalisierung und Mobilität sei das Thema für die zukünftige Strategie.



(v. li.) Hannes Royer, Florian Phleps, Mario Gerber, Christina Mutenthaler, Moderator Günther Schimatzek

Regionale Lebensmittel stärken Regionen, Gesundheit und Wirtschaft

„Regionalität ist durch die Decke gegangen, ebenso Bio,“ sagte Hannes Royer, Initiator, Gründer, Sprecher und Obmann des Vereins Land schafft Leben in der Diskussionsrunde. Im Gastrobereich jedoch sei der Run auf österreichische Produkte noch nicht so hoch wie gewünscht, denn da spiele der Preis noch immer eine Rolle, die Mehrheit decke sich mit Produkten ein, die nicht aus Österreich stammen. Regionalität bedeute auch Österreich, denn nicht alles könne im eigenen Bundesland produziert werden. Dies müsse auch in der Kommunikation transportiert werden.

Das Netzwerk Kulinarik habe am Anfang unter mangelnder Bekanntheit gelitten, dies habe sich jedoch rasch geändert. Noch immer würden Direktvermarkter und -lieferanten, die direkt in die Gastronomie liefern wollen, gesucht, so Christina Mutenthaler, Leiterin des Netzwerkes. Je entlegener die Regionen sind, desto mehr werde regional eingekauft. Mutenthaler forderte eine einfachere und bessere Kennzeichnung für regionale Produkte und ehrliche Schnittstellen.

Mario Gerber, Abgeordneter zum Tiroler Landtag und Spartenobmann Tourismus und Freizeitwirtschaft WKO, stellte fest, dass eine verpflichtende Bezeichnung für regionale Lebensmittel noch in den Kinderschuhen stecke. Man müsse aufpassen, dass die, die es freiwillig machen, nicht unter die Räder kommen. Gerber mahnte zur Geduld, es brauche Zeit. Auch er forderte ein konstruktives Miteinander ein: „Wertschöpfung holen und auf den Preis schauen. Ein Plädoyer für höhere Löhne in diesem Bereich, Mut zum Preis und zur Preisdurchsetzung.“

„Der Coronaneustart in den Bundesländern ist untrennbar verbunden mit Tourismus und Landwirtschaft.“

Bundesratspräsident Peter Raggl

Florian Phleps, Geschäftsführer der Tirol Werbung, sagte, dass die Nachfrage nach einheimischen und regionalen Produkten schon vor Corona sehr hoch gewesen sei. Das Bewusstsein für Ernährung sei in den letzten Jahren ein viel stärkeres geworden. Es brauche den guten Willen aller Beteiligten, der Druck sei vorhanden. „Gestiegenes Bewusstsein für regionale Produkte muss beim Handel und in der Gastronomie neuen Schwung bekommen,“ so Phleps.

Buchpräsentation: „Ändert sich nichts, ändert sich alles“

Die beiden Mitinitiator:innen des Klimavolksbegehrens und von Fridays for Future Katharina Rogenhofer und Florian Schlederer präsentierten ihr Buch „Ändert sich nichts, ändert sich alles: Warum wir jetzt für unseren Planeten kämpfen müssen“ am 1. Oktober 2021 im Parlament.

Eingeladen hatten dazu Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Zsolnay Verlag. Im Mittelpunkt des Buchs stehen die Chancen eines Umdenkens zur Bewältigung der Klimakrise für eine bessere Zukunft. Rogenhofer und Schlederer appellierten bei der Präsentation an die Politik, rasch und mutig die großen Hebel zu bewegen. Nur so könne man dem fortschreitenden Klimawandel entgegen-treten.

Raggl: Politiker:innen müssen Veränderungen einleiten und Rahmenbedingungen schaffen

Vieles am Klima habe sich bereits verändert, erklärte Bundesratspräsident Peter Raggl mit Hinweis auf die Schlagzeilen über die nationalen und internationalen Naturkatastrophen im vergangenen Sommer. Diese hätten gezeigt, dass die

Klimakrise bereits unser aller Leben verändert habe. Es liege nun in der Hand der Menschen, wie sich diese Entwicklungen fortsetzen. Die Energie-, Verkehrs- und Steuerpolitik müsse dem Rechnung tragen, betonte der Bundesratspräsident. Nachhaltige Veränderungen, die sich auf unser Leben auswirken, lösen stets Angst, Hoffnung oder Zuversicht aus. Angst und Hoffnung seien unsere Begleiter, wir bräuchten aber noch mehr Zuversicht, es schaffen zu können. Das Buch von Rogenhofer und Schlederer würde diese notwendige Zuversicht geben. Es sei ein „Buch der Chancen“ und zeige, dass es möglich sei – wenn auch nicht einfach –, einen neuen Green Deal umzusetzen, an dessen Ende eine Welt stehe, die auch für künftige Generationen lebenswert und erhaltenswert sei. Es liege in den Händen von Politiker:innen, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen und



Veränderungen einzuleiten, die den Wandel ermöglichen, betonte Raggl.

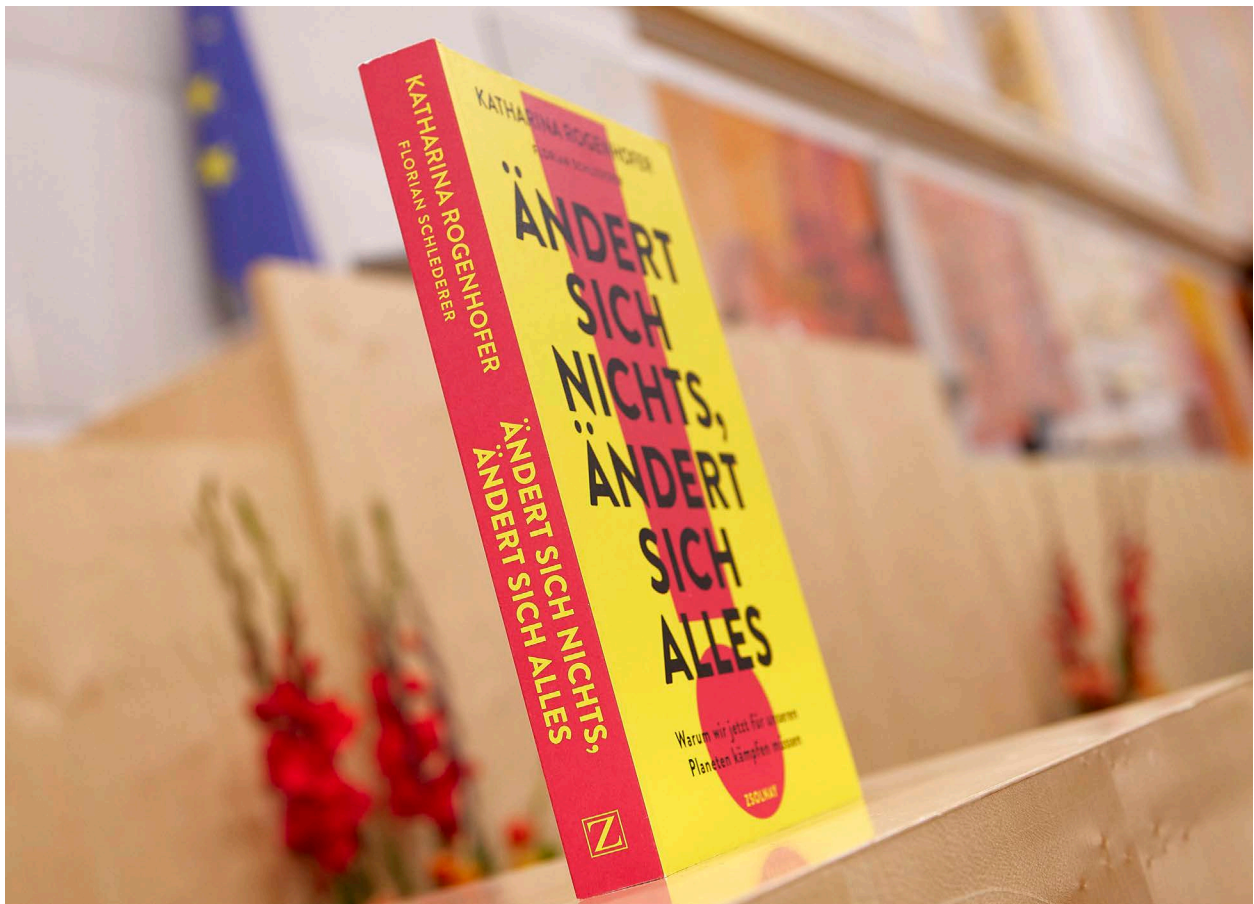
**„Ändert sich nichts,
ändert sich alles“**

Die Menschheit rase auf eine Katastrophe zu und niemand würde etwas dagegen unternehmen, so umschreiben die beiden Autor:innen die momentane Situation auf der Erde. Wenn die Politik so weitermache, würde keine bessere – nicht einmal eine gute – Welt auf die

nächste Generation warten. Die größten Krisen in der Natur würden im Moment die Menschen verursachen. Die Menschheit sei die bestimmende Naturgewalt und es liege an ihr, den Kurs anzupassen: „Koste es, was es wolle“, erklärte Rogenhofer.

Die Menschheit befinde sich an einer Weggabelung. Wenn wir jetzt keinen rigorosen Klimaschutz betreiben, werde es die Welt, wie wir sie kennen, bald nicht mehr geben, zeigten sich Rogenhofer und

(v. li.) Bundesratspräsident Peter Raggl mit den Autor:innen des Buches Katharina Rogenhofer und Florian Schlederer



Schlederer überzeugt. Aber noch könne man einen anderen Weg einschlagen. Die beiden Autor:innen führen in ihrem Buch hierzu Chancen eines Umdenkens an und wie sich eine bessere Zukunft gestalten ließe. Ein Green Deal müsse zeigen, wie die Welt zum Wohl aller verändert werden könne – eine Welt, in der die Natur erhalten bleibe, man klimafreundlich von A nach B komme, Energie aus Sonne, Wind und Wasser generiere und Kinder unbekümmert aufwachsen können. Man

könne nicht, wie vielfach propagiert, die Krise allein durch technische Innovationen lösen. Die technische Entwicklung könne langfristig sicher einiges lösen. Für die jetzt dringend notwendigen Schritte könne man aber nicht auf diese Innovationen warten. Es gebe bereits genügend Lösungen wie Fotovoltaik, um dem Klimawandel entgegenzutreten, diese müssen aber forciert werden, zeigten sich die beiden Autor:innen überzeugt.

Ausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

Die neu gestaltete österreichische Ausstellung an der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau wurde am 4. Oktober 2021 eröffnet. Die Gedenkfeier fand auf Einladung des Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka und des Direktors des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau Piotr M. A. Cywiński statt.

An der Gedenkfeier nahmen auch Überlebende und Nachkommen von Häftlingen des Konzentrationslagers teil, unter ihnen Marian Turski, einer der letzten Überlebenden des Konzentrationslagers und Präsident des Internationalen Auschwitz

Komitees. Vonseiten des offiziellen Österreichs nahmen auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Bundesratspräsident Peter Ragg, Außenminister Alexander Schallenberg, Europaministerin



(rechts, v. li.) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, polnischer Vizepremierminister Piotr Gliński, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Doris Schmidauer



Karoline Edtstadler, Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer sowie der Tiroler Landeshauptmann und Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz Günther Platter teil.

Historisch überarbeitete Ausstellung „Entfernung“

Im März 1978 wurde im sogenannten Block 17 des ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagers und nunmehrigen Staatsmuseums Auschwitz-Birkenau erstmals der österreichische Beitrag zu den Länderausstellungen an der Gedenkstätte eröffnet. Damals sah sich Österreich, entgegen dem heutigen Geschichtsbild, noch als „Erstes Opfer des Nationalsozia-

lismus“. Die Mittäterschaft wurde weitgehend ausgeblendet.

Die neue, historisch überarbeitete Österreichausstellung widmet sich neben dem Schicksal der österreichischen Opfer in Auschwitz und dem Widerstand von österreichischen Häftlingen im Konzentrationslager auch der Involvierung von Österreicher:innen als Täter:innen und Helfer:innen an den dort begangenen Verbrechen. Der Titel „Entfernung“ steht dabei nicht nur für die geografische Distanz zwischen Österreich und Auschwitz, sondern vor allem für die Entfernung der nach Auschwitz deportierten Menschen – aus Österreich und aus dem Leben.



Mit der Neugestaltung der Ausstellung war der beim österreichischen Parlament angesiedelte Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus beauftragt. Das Konzept der Ausstellung stammt von einem wissenschaftlich-kuratorischen Team um Hannes Sulzenbacher und Albert Lichtblau sowie dem Architekten Martin Kohlbauer.

Zukunft braucht Erinnerung

Die Weitergabe des historischen Gedächtnisses ist ein zentrales Anliegen des

österreichischen Parlaments. Mit einer Reihe von Initiativen treibt es daher die Aufarbeitung der Geschichte und vor allem den Kampf gegen Antisemitismus voran. Neben der Etablierung des Simon-Wiesenthal-Preises, dem Begehen jährlicher Gedenktage und einer Antisemitismusstudie, die alle zwei Jahre durchgeführt wird, setzt das Parlament vor allem auch auf Bildungsmaßnahmen für Jugendliche wie zum Beispiel die Demokratiewerkstatt. Das österreichische Parlament ist zudem Teil der weltweiten Gedenkkampagne #WeRemember.

Ein Weihnachtsbaum aus Tirol

Ein Tiroler Baum hat es 2021 in die Hofburg geschafft: Bundespräsident Alexander Van der Bellen erhielt für die Präsidentschaftskanzlei einen Weihnachtsbaum aus der Gemeinde Breitenbach im Tiroler Unterland.

Eine 15 Jahre alte, vier Meter hohe Nordmanntanne aus der Christbaumkultur des Endfeldhofes in Breitenbach am Inn brachte 2021 weihnachtliche Stimmung in die Präsidentschaftskanzlei in der Wiener Hofburg. Übergeben wurde der prächtige Baum vom Tiroler Bundesratspräsidenten Peter Raggl an den ebenfalls aus Tirol stammenden Bundespräsidenten Alexander van der Bellen und Doris Schmidauer.

„Wir haben eine gerade für diese Größe außergewöhnlich schön gewachsene Tanne nach Wien gebracht. Dass ich diesen Christbaum dabei von einem Tiroler an einen anderen übergeben durfte, ist natürlich etwas ganz Besonderes. Mit dem Bundespräsidenten und dem Bundesratspräsidenten üben ja gerade zwei Tiroler zwei der drei höchsten Ämter der Republik aus“, so Bundesratspräsident Raggl.



(v. li.) Bundesratspräsident Peter Raggl, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Doris Schmidauer

Abschiedsbilanz: Appell an Zusammenhalt im Land

Zu Beginn der Bundesratssitzung am 22. Dezember 2021 zog Bundesratspräsident Peter Raggl Bilanz über seine Amtsperiode im ersten Halbjahr 2021. Er nutzte die Rede, um erneut an den Zusammenhalt im Land zu appellieren.

In seiner Abschiedsrede vor dem Bundesrat fasste Raggl die wichtigsten Inhalte seiner Präsidentschaft zusammen, nahm eine Bewertung der aktuellen Situation im Land vor und warf einen Blick in die Zukunft. Dabei rief er noch einmal das Motto „Starke Regionen, starke Republik“ in Erinnerung, unter das er seinen Vorsitz gestellt hatte.

Wertschätzung für den ländlichen Raum

Während seines Vorsitzes sei es ihm vor allem darum gegangen, Perspektiven für den ländlichen Raum aufzuzeigen, betonte Raggl. Darauf habe sich auch die parlamentarische Enquete zu Beginn seiner Präsidentschaft konzentriert. Die Enquete habe aufgezeigt, dass die Pandemie eine neue Wertschätzung für den ländlichen Raum mit sich gebracht habe, so

Raggl. Der Wunsch, in einer gesundheitsfördernden Umwelt am Land und in der Geborgenheit einer ländlichen Gemeinschaft zu leben sowie von bäuerlicher Nahversorgung zu profitieren, sei deutlich gewachsen. Der Bundesrat habe mit dem Masterplan ländlicher Raum die Themenvorfäherschaft für die ländlichen Regionen übernommen, unterstrich er.

Der Bundesrat sei die „Europakammer des Parlaments“ und „Scharnier der ländlichen Regionen zur internationalen Politik“, berichtete Raggl über internationale Tätigkeiten und den Besuch im Vereinigten Königreich. Als einen der Höhepunkte seiner Präsidentschaft bezeichnete der Tiroler die im September in Wien abgehaltene Weltkonferenz der Parlamentspräsident:innen. Als Mitgastgeber führte er zahlreiche bilaterale Gespräche, unter anderem mit der Vorsitzenden des Föder-

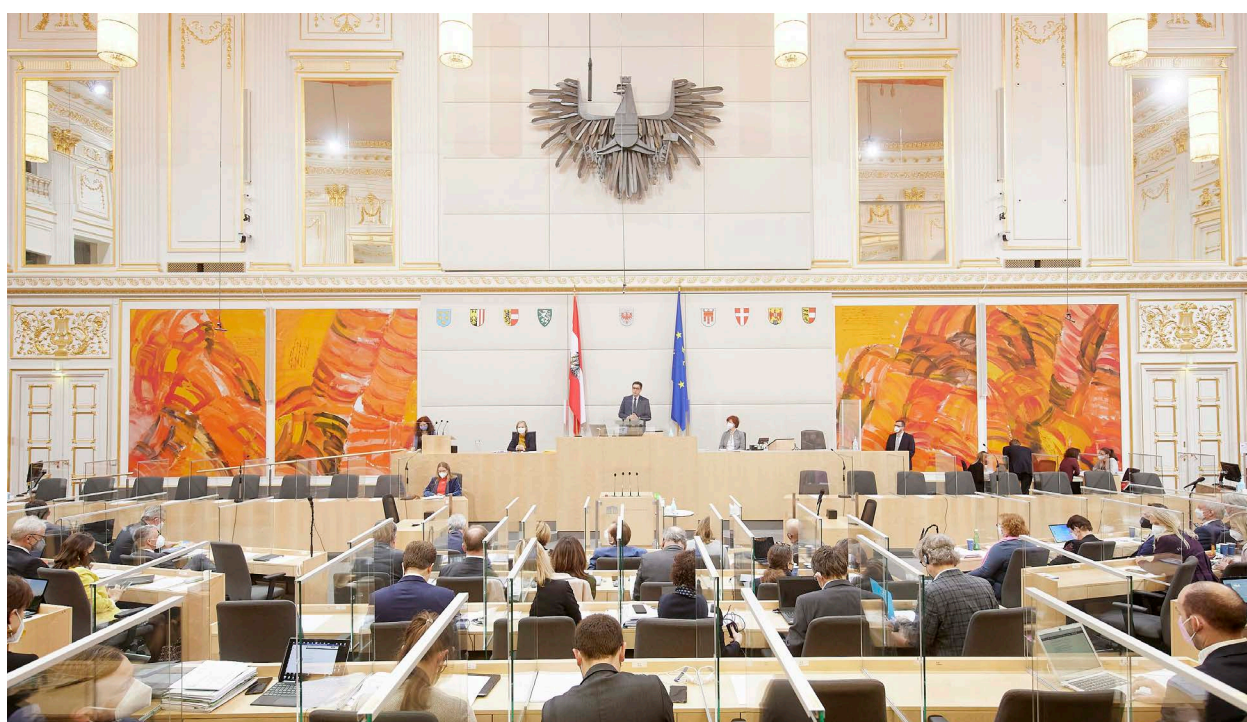
rationsrates der Russischen Föderation und der japanischen Parlamentspräsidentin. Dabei wurde die Situation in den ländlichen Räumen der jeweiligen Länder thematisiert. Insbesondere ging es darum, die Regionen vital zu halten, unterstrich Raggl. Dafür sei das Angebot an Kinderbetreuung von zentraler Bedeutung, stellte er fest.

In der Pandemie nur ein Feind

In den letzten Wochen musste Österreich, trotz positiver Entwicklungen im Sommer, in einen Lockdown gehen, zog Raggl weiter Resümee. Eine neue Variante des Virus lasse für den Jänner nichts Gutes erwarten, richtete er den Blick nach vorne. Auch den Bürger:innen bereiten gesellschaftliche Gräben große Sor-

gen, führte er aus, vor allem, wenn enge Freunde einander nicht mehr in die Augen sehen können oder Familien sich zerstreiten. Daher richtete er den Appell an die Bevölkerung, sich nicht spalten zu lassen. Vielmehr soll der Wunsch, die Pandemie zu überwinden und allen wieder ein gutes Leben zu ermöglichen, vereinen.

Er respektiere die Meinungen jener, die eine Impfpflicht ablehnen, auch ohne sie zu teilen, sagte er. Ablehnend äußerte sich Raggl aber über die Art und Weise, wie die Kritik an den Maßnahmen vorgebracht werde. Er forderte von allen Fraktionen, einander gewaltlos, mit Respekt vor dem anderen und mit der Absicht, auch künftig eine gute Gesprächsbasis zu haben, gegenüberzutreten.



Regional und international: Der vernetzte Bundesrat

Der Bundesrat ist eine aktive Kammer, die auch Kontakte zu Politik und Wirtschaft pflegt und so regionale und globale Themen vernetzt. Im vergangenen Jahr pflegte Bundesratspräsident Peter Raggl über Landes- und Staatsgrenzen hinweg die Kontakte des Bundesrates.





4



5



7



6

- 1) Bundesratspräsident Peter Raggli beim Almen-
gipfel in Tirol
- 2) Der serbische Außenminister Nikola Selaković
und Bundesratspräsident Peter Raggli
- 3) Bundesratspräsident Peter Raggli und der irani-
sche Botschafter Abbas Bagherpour Ardekani
- 4) Bundesratspräsident Peter Raggli und der Prä-
sident des Verfassungsgerichtshofes Christoph
Grabenwarter

- 5) Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker und
Bundesratspräsident Peter Raggli
- 6) Bundesratspräsident Peter Raggli, Bundes-
präsident Alexander Van der Bellen, Doris
Schmidauer und der Bürgermeister von
Feichten Josef Raich
- 7) Die Delegation des Bundesrates vor dem Ge-
bäude der schottischen Regierung in Edinburgh



8



9



10



11



12

8) Bundesratspräsident Peter Raggli beim EU-Twinning-Projekt
 9) Tiroler Militärkommandant Ingo Gstrein und Bundesratspräsident Peter Raggli
 10) Bundesratspräsident Peter Raggli und der japa-

nische Botschafter Akira Mizutani
 11) Bundesratspräsident Peter Raggli und Kardinal Christoph Schönborn
 12) Die Delegation des Bundesrates in London



13) (v. li) Ehemaliger Bundesratspräsident Christian Buchmann, Bundesratspräsident Peter Raggl, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundesratsvizepräsident Günther Novak und Bundesratsvizepräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

14) Vorsitzübergabe auf Schloss Ambras in Innsbruck (v li.) Steiermarks Landeshauptmann Hermann Schützenhofer, ehemaliger Bundesratspräsident Christian Buchmann, Bundesratspräsident Peter Raggl und Tiroler Landeshauptmann Günther Platter

15) Bundesratspräsident Peter Raggl mit der Präsidentin des japanischen Oberhauses Akiko Santō

16) Bundesratspräsident Peter Raggl mit der Vizepräsidentin des House of Commons Eleanor Laing

17) Bundesratspräsident Peter Raggl mit dem Präsidenten des kirgisischen Parlaments Talant Mamytow



Besuch in London, Belfast und Edinburgh

Eine Delegation des Bundesrates unter der Leitung von Bundesratspräsident Peter Raggl absolvierte im Oktober 2021 einen viertägigen Besuch in London, Belfast und Edinburgh.

Die Mitglieder der Länderkammer führten zahlreiche Gespräche mit Vertreter:innen des House of Lords, des nordirischen Parlaments, des Nordirlandministeriums der UK-Regierung, der schottischen Regierung und des Ministeriums für Schottlandangelegenheiten. „Das Nordirland-Protokoll und die Situa-



tion Nordirlands und Schottlands nach der Pandemie und dem Brexit waren natürlich die primären Themen, über die wir uns im Vereinigten Königreich ausgetauscht haben. Der Brexit und die Pandemie haben zahlreiche gut ausgebildete Arbeitskräfte aus dem Vereinigten Königreich abgezogen, besonders den Tourismus in London und Schottland hat dies hart getroffen. In Nordirland, wo wir an der irischen Grenze den landwirtschaftlichen Betrieb von David Brown, dem stellvertretenden Präsidenten der Ulster Farmer's Union, besucht haben, wurden uns die Schwierigkeiten, die Brexit, Klimawandel und die besondere Situation Nordirlands in der EU mit sich gebracht haben, sehr konkret vor Augen geführt. Nur ein paar Kilometer weiter gelten in Irland andere Regeln für Landwirte, viele Regulationen sind geblieben, Ein- und Ausfuhr von Zuchttieren sind etwa nun viel komplizierter“, so Raggl.



Die Delegation der österreichischen Länderkammer traf unter anderem mit Lord McFall of Alcluith, dem Speaker des House of Lords, Alex Maskey, dem Präsidenten des nordirischen Parlaments, und Scott Wightman, dem Direktor für Außenbeziehungen der schottischen Regierung, zusammen. In Belfast eröffnete Raggl zudem mit Botschafter Michael Zimmermann das neue österreichische Honorarkonsulat in Nordirland. Honorarkonsularin Deirdre Heenan wurde an der Ulster University ihre Amtsausstattung überreicht. „Als Länderkammer des Parlaments interessiert sich der Bundesrat natürlich besonders dafür, wie sich Brexit und Pandemie auf die einzelnen Landesteile ausgewirkt haben. Aufgrund des Ab-

zugs gut ausgebildeter Mitarbeiter:innen hat es den Bereich der Universitäten besonders hart getroffen. Auch die Zusammenarbeit mit den Universitäten in der EU oder der Austausch von Student:innen wurde stark beeinträchtigt. Insgesamt haben sich über die Landesteile des Vereinigten Königreichs ganz unterschiedliche Herausforderungen gezeigt, die von einer zentralen Regierung nur schwer bewältigt werden können. Insofern kann man durchaus Vergleiche zu Österreich ziehen, wo unser föderales System sehr gut imstande ist, lokale Schwierigkeiten zu bewältigen und regional die Wirtschaft zu stärken, vor allem was den Tourismus und die Landwirtschaft in den Bundesländern betrifft“, so Raggl.

(links) Präsident des nordirischen Parlaments Alex Maskey und Bundesratspräsident Peter Raggl im nordirischen Parlament in Belfast

(rechts) Bundesratspräsident Peter Raggl und stellvertretender Präsident der Ulster Farmer's Union David Brown im Stall von Brown in Nordirland





Vorarlberger Präsidentschaft

1. Halbjahr 2022

Gemeinsam in Verantwortung

Unter dem Motto „Gemeinsam in Verantwortung“ legte Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs den Schwerpunkt ihres Bundesratsvorsitzes auf die Zukunft dezentraler Lebensräume. In ihrer Antrittsrede vor der Länderkammer umriss sie die Vorhaben, denen sich der Bundesrat unter ihrem Vorsitz widmen sollte.

„Unsere Regionen – nicht nur die peripheren, sondern auch die städtischen Gebiete – brauchen eine Perspektive für die Zukunft, denn sie haben nun schon zwei Jahre lang in unterschiedlichem Ausmaß unter der Pandemie gelitten“, betonte Schwarz-Fuchs in ihrer Rede.

So habe Corona die Ausübung vieler wirtschaftlicher Tätigkeiten massiv erschwert und die Art und Weise, wie Arbeit verrichtet wird, verändert. Etwa im Tourismus und in der Gastronomie sei zu sehen, dass viele Beschäftigte der Branche den Rücken gekehrt haben. „Diese Arbeitskräfte fehlen uns aber, wir können schlicht nicht auf sie verzichten“, sagte Schwarz-Fuchs. Auf der Agenda des Vorarlberger Vorsitzes der Landeshauptleutenkonferenz stehe deswegen nicht umsonst eine Arbeitsmarktreform, mit der eine

verstärkte Regionalisierung der Programme vorgeschlagen werde, um konkreter auf lokale, ortsgebundene Bedürfnisse eingehen zu können.

Plan nach der Krise

Der Bundesrat werde sich der Zukunft des Arbeitsmarktes im Zuge eines parlamentarischen Fachgesprächs mit Expert:innen aus der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt annehmen, kündigte die Schwarz-Fuchs an. Es brauche einen Plan nach der Krise, etwa zur Frage, wie die Klimakrise Wirtschaft und Arbeit in den Regionen verändern wird. „Mit Themen wie Klimaschutz und Energieeffizienz steht und fällt zukünftig die Qualität unserer Wirtschaftsstandorte. Grüne Technologien sollen uns nicht nur vor der drohenden Klimakatastrophe bewahren, sie können auch neue,

nachhaltige Jobs schaffen“, zeigte sich Schwarz-Fuchs überzeugt.

Als weitere Herausforderung nannte Schwarz-Fuchs die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die es „ohne Wenn und Aber“ zu verbessern gelte. Es brauche mehr Angebote für die Betreuung auch der jüngsten Kinder sowie längere Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen, damit sowohl Mütter als auch Väter ihre Berufe ausüben können.

In ihrer Antrittsrede kündigte Schwarz-Fuchs bereits an, dass während ihres Vor-

sitzes eine Enquete zur Zukunft dezentraler Lebensräume stattfinden werde, in der spezifische Stärken und Schwächen der Regionen eruiert und evaluiert würden. Zudem wolle sich die Länderkammer Initiativen der Bundesländer für starke Regionen ansehen, führte Schwarz-Fuchs weiter aus. Auch die verschiedenen Wege hin zu einer Scientific Open Region und die Herausforderungen der digitalen Transformation sollen während ihres Vorsitzes von verschiedenen Expert:innen beleuchtet werden, fügte die Bundesratspräsidentin hinzu.



Antrittsrede

Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher
sowohl hier im Saal wie zu Hause vor den
Bildschirmen!

Es ist mir eine große Freude und vor
allem auch eine große Ehre, den heutigen
Sitzungstag mit meiner Antrittsrede als
Präsidentin des Bundesrates zu beginnen.

Vorweg möchte ich mich bei Dr. Peter-
Raggl für seine Präsidentschaft im letz-
ten Halbjahr bedanken. Peter Raggl war
mit vielen Gesprächsterminen ein sehr
aktiver Präsident und somit ein überaus
erfolgreicher Botschafter unserer Län-
derkammer. Gerade in internationalen
Angelegenheiten hat er das Ansehen des
Bundesrates als Zukunfts- und Europa-
kammer gestärkt und gefestigt.



Lieber Peter, ich darf dir zu deiner Amtszeit gratulieren und dir ein herzliches Dankeschön für deinen Einsatz für den Bundesrat aussprechen.

Danken möchte ich auch dir, lieber Herr Landeshauptmann Markus Wallner, und dem Vorarlberger Landtag, dass ich die Präsidentschaft im Bundesrat für das kommende Halbjahr übernehmen darf. Ich sehe diese Aufgabe in politisch abwechslungsreichen Zeiten als Ehre und Herausforderung.

Mein weiterer Dank gilt aber vor allem auch meiner Familie, die immer hinter mir steht und mich unterstützt. Es freut mich auch sehr, dass sie heute anwesend sind.

Großen Dank möchte ich auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Druckerei – die ich leite –, auf die ich mich stets verlassen kann, aussprechen.

Mit der Präsidentschaft Vorarlbergs wird fortgesetzt, was 2019 mit dem Masterplan für den ländlichen Raum begonnen wurde. Deswegen liegt auch der Schwerpunkt dieses Halbjahres auf der Zukunft dezentraler Lebensräume. In einer Enquete mit diesem Titel werden wir die spezifischen Stärken und Schwächen unserer Region eruieren und evaluieren.

Unser ehemaliger EU-Kommissar Franz Fischler wird dabei aufzeigen, wie periphere Regionen gestärkt werden können. Zudem werden wir uns Initiativen österreichischer Bundesländer, unter anderem von Vorarlberg, für stärkere Regionen ansehen. Auch die verschiedenen Wege hin zu einer Scientific Open Region und die Herausforderungen der digitalen Transformation sollen von verschiedenen Experten beleuchtet werden.

Unsere Regionen, nicht nur die peripheren, sondern auch die städtischen Gebiete, brauchen eine Perspektive für die Zukunft, denn sie haben nun schon zwei Jahre lang in unterschiedlichem Ausmaß unter der Pandemie gelitten. Corona hat die Ausübung vieler wirtschaftlicher Tätigkeiten massiv erschwert. In vielen Sparten musste der Staat als Nothelfer einspringen. Die gesetzten Maßnahmen haben die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeit während der letzten zwei Jahre geprägt. Auch die Art und Weise, wie unsere Arbeit verrichtet wird, hat sich in dieser Zeit verändert – nicht nur, dass viele Beschäftigte nun öfters von zu Hause aus arbeiten, stellen sich auch inzwischen mehr und mehr Menschen die Frage, ob die Zufriedenheit mit ihrem Job auch im richtigen Verhältnis zum persönlichen Einsatz steht. Gerade

im Tourismus und in der Gastronomie sehen wir, dass viele Beschäftigte der Branche den Rücken gekehrt haben. Diese Arbeitskräfte fehlen uns aber. Wir können schlicht nicht auf sie verzichten. Auf der Agenda des Vorarlberger Vorsitzes der Landeshauptleutekonferenz steht deswegen nicht umsonst eine Arbeitsmarktreform. Vorgeschlagen wird darin eine verstärkte Regionalisierung der Programme, um konkreter auf lokale – ortsgebundene – Bedürfnisse eingehen zu können.

Auch der Bundesrat wird sich des Arbeitsmarktes der Zukunft annehmen. Im Zuge eines parlamentarischen Fachgespräches werden Experten aus der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt dazu eingeladen, zukünftige Herausforderungen und Rahmenbedingungen zu besprechen und zu beurteilen: Wie wird etwa die Klimakrise Wirtschaft und Arbeit in den Regionen verändern? Wie umweltfreundlich produziert unsere Industrie in Zukunft und welche Rahmenbedingungen braucht sie dafür? Welche Produkte werden in Sachen Klimaneutralität künftig gefragt sein? Wer wird diese Produkte wo unter welchen Bedingungen erzeugen? – Für all diese Fragen brauchen wir einen Plan für den Tag nach der Krise, wann auch immer dieser kommen mag.

Die Bekämpfung der Klimakrise ist aber nicht nur ein politischer Imperativ, der als Bürde gesehen werden muss, diese Generationenaufgabe birgt jede Menge Chancen, die wir für uns nützen müssen. Mit Themen wie Klimaschutz und Energieeffizienz steht und fällt zukünftig die Qualität unserer Wirtschaftsstandorte. Grüne Technologien sollen uns nicht nur vor der drohenden Klimakatastrophe bewahren, sie können auch neue, nachhaltige Jobs schaffen. Wenn wir das richtig angehen, werden Wirtschaft und Arbeitsmarkt davon profitieren.

Das daraus generierte Wachstum ist auch notwendig, gerade im Hinblick auf die immensen Summen, die in Form von Wirtschaftshilfen in den vergangenen zwei Jahren ausgeschüttet wurden. Klimaschutz und Wachstum müssen Hand in Hand gehen, um den anstehenden Herausforderungen gerecht zu werden. Eine weitere Herausforderung birgt die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die es ohne Wenn und Aber zu verbessern gilt. Hierbei steht das oft unzureichende Angebot an Kinderbetreuung nicht nur dem Wunsch vieler junger Frauen, Familie und Beruf zu vereinbaren, im Wege, es führt auch dazu, dass sich viele junge Familien gezwungen sehen, aus den ländlichen in die städtischen Ge-

bierte abzuwandern. Diese Entwicklung ist weder im Interesse der ländlichen Regionen noch in jenem junger Familien. Wir brauchen daher mehr Angebote für die Betreuung auch der Jüngsten unserer Kinder sowie längere Öffnungszeiten solcher Kinderbetreuungseinrichtungen, damit sowohl Mütter als auch Väter ihre Berufe ausüben können. Auch wenn sich der Mangel solcher Angebote mehr auf dem Land bemerkbar macht, schließt das die Städte natürlich nicht aus.

Dies bewahrheitet sich insbesondere im Hinblick auf so viele Konsequenzen, die sich oftmals erst Jahre später bemerk-

bar machen. Hier sticht vor allem die in Österreich vergleichsweise hohe Altersarmut unter Frauen, besonders unter Witwen und Geschiedenen, ins Auge. Es steht völlig außer Zweifel, dass durch die unzureichende Integration von Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht nur die Frauen selbst benachteiligt werden, sondern unsere gesamte Wirtschaft und Gesellschaft sehr viel an Erfahrung, Engagement und Expertise verliert. Wir haben nämlich einerseits sehr viele gut ausgebildete Frauen und andererseits in zahlreichen

Branchen einen eklatanten Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel.

Und sollten diese Argumente noch nicht schwer genug wiegen, bitte ich, Folgendes zu beachten: Denken Sie an all die Chancen, die wir den heranwachsenden Generationen bieten, wenn sie frühkindliche Bildung genießen dürfen, während ihre Eltern gleichzeitig einer Arbeit nachgehen können. Es gibt Studien, die zeigen, dass jeder Euro, der heute richtig in Elementarpädagogik investiert wird,

in Zukunft mehrfach wieder zurückkommt. Diese Kinder von heute haben später durch eine bessere Grundausbildung

bessere Chancen am Arbeitsmarkt, laufen weniger Gefahr, arbeitslos zu werden, und belasten auch nachweislich weniger unser Gesundheitssystem.

Ein weiterer Eckpfeiler für adäquate Bedingungen unserer Wirtschaft ist die konstruktive Zusammenarbeit von Bund und Ländern. In der Pressekonferenz zur Übernahme des Ländervorsitzes wurde von gleichberechtigten Partnern gesprochen, die auf Augenhöhe einzubinden sind. Die Partnerschaft von Bund und Ländern,

„Unsere Regionen brauchen eine Perspektive für die Zukunft.“

**Bundesratspräsidentin
Christine Schwarz-Fuchs**

von Städten und ländlichen Regionen ist nicht nur ein Grundpfeiler dieser zweiten Kammer des Parlaments und somit unser Staatswesen, sie ist auch Ausdruck eines gelebten Subsidiaritätsprinzips, des Wissens, dass viele Herausforderungen auf lokaler Ebene effizienter und zielgerichteter bewältigt werden können.

Das gilt nicht nur für den Bereich Arbeit und Wirtschaft, sondern insbesondere für einen ganz wichtigen Bereich, der in den letzten Jahren mehr und mehr in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist und nun angegangen wird. Die Rede ist von der Pflege, die uns wirklich alle betrifft – entweder direkt oder indirekt, entweder jetzt oder später irgendwann einmal. So schwierig auch die Umsetzung ist, so einfach ist das Ziel: Die Pflegeversorgung wie auch die Finanzierung müssen sichergestellt sein.

Auch da hat die Zukunftskammer Bundesrat Vorarbeit geleistet und bereits 2017 in einer Enquete die Zukunft der Pflege diskutiert. Damals wurden die Zunahme der Singlehaushalte, die Abwanderung aus dem ländlichen Raum, der Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten und der Anstieg chronischer Krankheiten in Kombination mit der steigenden Lebenserwartung als größte Herausforderungen

in der Pflege genannt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Es bedarf gerade bei diesem Thema einer reibungslosen Zusammenarbeit von Bund und Ländern, um die Finanzierung der Pflege zu sichern und den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Ich denke, gerade mitten in der Pandemie sollte jeder die Notwendigkeit sehen, dass es wichtig ist, mehr Menschen dazu zu motivieren, einem solch schwierigen, aber überaus wichtigen und ehrenvollen Beruf nachzugehen, und zugleich jene zu entlasten, die bereits seit Jahren dieses System stützen.

Hier schließt sich der Kreis, der die Themen Frauen am Arbeitsmarkt und Zukunft der Pflege miteinander verbindet. Nach wie vor sind es nämlich die Frauen, die die Hauptlast der Pflege tragen, sowohl im privaten beziehungsweise familiären Bereich als auch im öffentlichen Bereich. Auch wenn es mittlerweile ein Umdenken dahin gehend gibt, dass der Pflegebereich zunehmend auch bei Männern auf Interesse stößt, werden wir in der nahen Zukunft nur dann eine Entlastung in diesem Bereich schaffen, wenn wir den darin tätigen Frauen bessere Arbeitsbedingungen bieten können.

Neben den bereits erwähnten Themengebieten sollen aber auch andere Schwer-

punkte des Bundesrates für die kommenden sechs Monate nicht unerwähnt bleiben. Mit der Gestaltung unserer digitalen Zukunft und der Chancengleichheit städtischer und ländlicher Regionen haben wir, verehrte Mitglieder des Bundesrates, auf jeden Fall weitere wichtige Themen zu behandeln.

Sie sehen also, der Bundesrat wird seiner Rolle als Zukunftskammer des Parlaments gerecht. Wir als Mitglieder dieser Kammer werden weiterhin unsere Expertise und Erfahrung aus unseren Berufen und Bundesländern in die Gesetzgebung einbringen. Wir werden uns weiterhin der für die Zukunft Österreichs wichtigen Themen

annehmen und wir werden auch weiterhin unser Möglichstes dafür tun, die Interessen Österreichs und seiner Bürgerinnen und Bürger in der EU zu wahren. Subsidiarität darf nicht zu einem Schlagwort verkommen, sie muss das Prinzip allen künftigen Handelns der EU sein.

Ich lade Sie alle herzlich dazu ein, in den nächsten Monaten weiter mitanzupacken, sei es in den Ausschüssen, sei es hier im Plenum oder in Ihren Heimatbundesländern. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung ganz gemäß dem Motto des Vorarlberger Vorsitzes „Gemeinsam in Verantwortung“.

– Vielen Dank.

Landeshauptmann Markus Wallner in der Länderkammer

In seiner Erklärung vor dem Bundesrat anlässlich der Vorsitzübernahme Vorarlbergs trug der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner seine Überlegungen zur Zukunft dezentraler Lebensräume vor und sprach sich für die Notwendigkeit einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern aus.

Wallner wies darauf hin, dass gleichwertige Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Regionen eine wesentliche Basis für den Erfolg darstellen. Der Landeshauptmann brach einmal mehr eine Lanze für den Föderalismus und zitierte Studien, die den Produktionsfaktor mit guten Standortbedingungen und einer sozialen Balance, aber auch ein gutes Bildungssystem mit viel Chancengleichheit und hoher Forschungsquote und vor allem eine föderale Organisation als Erfolgsfaktoren für die erfolgreichsten Regionen in Europa nennen.

Die gemeinsame Verantwortung sei gerade in schwierigen Zeiten wesentlich, betonte Wallner und ging auf die aktuellen Herausforderungen durch die Pandemie und ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen ein. Es sei erforderlich, nicht nur gemeinsam den Weg

aus der Pandemie herauszufinden, sondern vor allem auch Brücken zu schlagen.

Wallner: „Das Miteinander macht uns stärker als das Gegeneinander“

Gerade im Pflegebereich zeige sich die Notwendigkeit föderaler Strukturen, hob Wallner hervor. Da sei der Zentralismus falsch am Platz, vielmehr brauche es die Gemeinden und den Nahraum, um mobile Dienste sicherzustellen und die Hauskrankenpflege zu unterstützen. Dafür benötige man auch entsprechende Freiräume, selbstverständlich unter Beachtung hoher Standards. Bund und Länder hätten im Hintergrund für die Finanzierung zu sorgen.

Auch im Bereich der Elementarpädagogik stellte Wallner Handlungsbedarf fest, wobei ein besonderes Augenmerk auf die



Qualität der Betreuung, die Ausweitung des Betreuungsangebots und eine frühsprachliche Förderung zu legen sei. Diese sei nämlich entscheidend für eine gelungene Integration von Kindern mit Migrationshintergrund.

Zentrale Themen seines Vorsitzes seien zudem Energie und Klimaschutz, betonte Wallner. Er sprach die Preisexplosion bei der Energie an und warnte davor, die Energiewende zu einem Programm für Privilegierte zu machen. Ein Erreichen der Klimaziele sei nur möglich, wenn die Bevölkerung mitgehe, die Maßnahmen sozial ausgewogen seien und eine soziale Balance hergestellt werde, unterstrich er.

In der anschließenden Debatte gingen die Redner:innen der Fraktionen ausführlich auf die Erklärung des Vorarlberger Landeshauptmanns ein. Die ÖVP hob die Erfolge Vorarlbergs hervor und wies darauf hin, dass das Land zu den stärksten Wirtschaftsregionen zähle. Während die SPÖ vor allem auf Maßnahmen für leistbares Wohnen drängte, rückte die FPÖ die Pflege in den Fokus und übte Kritik an der Pandemiepolitik der Koalition. Die Grünen gingen besonders auf die Klimakrise ein und forderten mehr Zusammenarbeit im Hinblick auf eine mutige Energiewende ein.

Auszeichnung feuerweh- freundlicher Betriebe

Auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und dem Präsidenten des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes Albert Kern wurden am 22. März 2022 die Awards „Feuerwehfreundliche Arbeitgeber 2020 und 2022“ verliehen. Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs dankte den Preisträger:innen für ihren Einsatz.

Die Auszeichnung wird alle zwei Jahre an Unternehmen verliehen, die das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiter:innen bei einer Feuerwehr würdigen und entsprechend unterstützen. Pandemiebedingt wurden in diesem Jahr zwei Jahrgänge ausgezeichnet.

Schwarz-Fuchs: Engagierte Unternehmen leisten wertvollen Beitrag für die Zivilgesellschaft

Die Freiwilligen hätten in den vergangenen Pandemienmonaten gezeigt, wie wichtig ehrenamtliches Engagement für die Gesellschaft sei, erklärte Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs in Vertretung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Die Freiwilligen der Feuerwehren würden einen persönlichen Beitrag leisten, damit sich etwas zum Guten verändert – auch in internationalen Krisen wie bei Hilfs-

transporten zu den ukrainischen Kriegsoptern. Gerade bei Katastrophen sei oft ein Einsatz über mehrere Tage notwendig. Dass ein solcher Einsatz von den Arbeitgeber:innen ermöglicht wird, zeuge von ihrem sozialen Engagement. Die Betriebe würden damit einen wertvollen Beitrag für die Zivilgesellschaft leisten. Empathie, Mitmenschlichkeit, Solidarität und der feste Wille, etwas zum Guten zu verändern, seien jene Eigenschaften, die Ehrenamtliche und deren Arbeitgeber:innen auszeichnen.

Kern: Engagement der Freiwilligen nur mit Unterstützung der Arbeitgeber:innen möglich

Mit dem Engagement der 340.000 Mitglieder der Feuerwehren sei es möglich, dass die Feuerwehren in wenigen Minuten an nahezu jedem Einsatzort in Öster-



reich sein können, erklärte Albert Kern, Präsident des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes. Ohne die Unterstützung der Arbeitgeber:innen wäre dieses Engagement nicht möglich, zeigte sich Kern überzeugt.

Als Preisträger 2022 wurden aus Wien siwacht Bewachungsdienst GesmbH und Böhm Stadtbaumeister & Gebäudetechnik GmbH, aus Niederösterreich Thenemayer GmbH und Metadynea Austria GmbH, aus Oberösterreich GÖWEIL Maschinenbau GmbH und Scheuch, aus Salzburg PALFINGER AG und Hochkönig Bergbahnen GmbH, aus Kärnten VER-

BUND Hydro Power GmbH Werksgruppe Malta/Reißbeck und Mondi Frantschach GmbH, aus der Steiermark Zimmerei Kohlhuber und Salinen Austria AG, aus dem Burgenland Ulbrich of Austria GmbH und Stadtgemeinde Freistadt Rust sowie aus Tirol Fritz Egger GmbH & Co. OG und Medalp Zentrum für ambulante Chirurgie Betriebs GmbH ausgezeichnet.

Den Sonderpreis „25 Jahre förderndes Mitglied des ÖBFV“ erhielten die Unternehmen Dräger Austria, Industrieelektronik Pölz und Rosenbauer Österreich.

Konferenz der EU-Parlamentspräsident:innen in Brdo

Im slowenischen Brdo kamen am 28. und 29. März 2022 die Präsident:innen der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments zur ersten physisch abgehaltenen Konferenz seit dem Ausbruch der Coronapandemie zusammen.

Vor dem Hintergrund der Ukrainekrise fiel die Konferenz in eine politisch angespannte Zeit. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs verurteilten in ihren Redebeiträgen jede Form von Krieg und Gewalt und unterstrichen die Wichtigkeit der klaren Unterstützung Europas für die Ukraine.

Sobotka: Krieg und Gewalt sind zutiefst abzulehnen

Nationalratspräsident Sobotka ging in seiner Keynote zum Thema „Europäische Union als Garant für Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in der Region (und darüber hinaus)“ auf die tragischen Ereignisse in der Ukraine ein und betonte, dass Krieg und Gewalt nie Mittel der Politik sein können und zutiefst abzulehnen sind. Die Menschen in der Ukraine er-

fahren unerträgliches Leid und haben den Verlust von Menschenleben zu beklagen – ihnen sei unverzüglich zu helfen, so der Nationalratspräsident. Die klare Unterstützung Europas und der westlichen Welt für die Ukraine und die einhellige Verurteilung der russischen Aggression seien wichtige Signale. Gleichzeitig müssten die Wege der Diplomatie und des Dialogs offen bleiben.

Die Abhängigkeit von russischen Rohstoffen habe außerdem die Notwendigkeit aufgezeigt, den Übergang zu erneuerbaren Energien massiv zu beschleunigen, führte Sobotka weiter aus. Zudem werde die Bewältigung der Covid-19-Pandemie wohl noch eine Weile in Anspruch nehmen, insbesondere deren gesundheitlicher und wirtschaftlicher Folgen. Auch die Themen Klimawandel, Migration und Digitalisierung (insbesondere hinsichtlich

Fakenews) stellen Sobotka zufolge Herausforderungen für die Demokratien dar.

Schwarz-Fuchs: Einbindung der Regionen in die Europapolitik

Auch Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs verurteilte den Krieg und die humanitäre Katastrophe, die durch diesen ausgelöst wurde. Sie unterstrich die Wichtigkeit, durch Dialog wieder zum Frieden zu finden.

Die Bundesratspräsidentin thematisierte in ihrem Redebeitrag außerdem, dass es angesichts der vielfältigen Herausforderungen, vor denen Europa gerade stehe, wichtig sei, dass sich die Einbindung der Regionen in die Europapolitik in den kommenden Jahren weiterhin verstärkt. Auch wenn übernationale oder globale Entscheidungen nur gemeinsam im Rahmen der Europäischen Union getroffen werden können, seien die nationalen bzw. regionalen Parlamente nämlich Gewähr dafür, dass die Entscheidungen auf allen Ebenen von den Menschen mitgetragen werden. Der österreichische Bundesrat zähle bei der Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorschlägen der Kommission im EU-weiten Vergleich zu den aktivsten Kammern, so Schwarz-Fuchs. In einer Studie des Ausschusses der Regionen zur



Umsetzung der Subsidiaritätskontrolle sei das österreichische Verfahren unter besonderer Bedeutung des Bundesrates als europaweites Best-Practice-Modell hervorgehoben worden.

Solidarische Unterstützung für Geflüchtete

Am 20. April 2022 fand an der polnisch-ukrainischen Grenze ein Treffen von Parlamentspräsidentinnen der EU-Länder statt. Dabei wurde erörtert, wie die EU der Ukraine und den Ukrainer:innen bestmöglich helfen kann.

Gemeinsam mit europäischen Parlamentspräsidentinnen aus Polen, Belgien, Tschechien, Zypern, Litauen, Lettland, Spanien und der Ukraine besuchte Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs den Grenzübergang in Dorohusk an der polnisch-ukrainischen Grenze sowie die Flüchtlingsaufnahmestelle Lwowska und das Humanitarian Aid Centre Ptak bei Warschau.

„Besonders im Gespräch mit den Geflüchteten in Ptak haben wir sehr traurige Eindrücke davon erhalten, welches Elend der Krieg in die Ukraine gebracht hat. Vor allem Mütter mit ihren Kindern, die alles hinter sich lassen mussten, wurden hier vorübergehend untergebracht. Europa muss Solidarität zeigen und mit allen Kräften Unterstützung leisten, um den Geflüchteten zu helfen“, betonte Schwarz-Fuchs.

Das Humanitarian Aid Center Ptak ist mit einer Kapazität von 20.000 Betten das größte seiner Art in Polen. „In Ptak und Lwowska sind unzählige Kinder, viele von ihnen sind nicht mit ihren Müttern, sondern mit den Großeltern oder einer

„Europa muss Solidarität zeigen und mit allen Kräften Unterstützung leisten, um den Geflüchteten zu helfen“

**Bundesratspräsidentin
Christine Schwarz-Fuchs**

Tante hierhergekommen. Es sind schreckliche Einzelschicksale, insbesondere von misshandelten Frauen und verschleppten Kindern, die uns sehr hellhörig und betroffen gemacht haben. Die Hilfsbereitschaft Polens und der vielen Freiwilligen ist enorm, aber es braucht noch mehr

Unterstützung der europäischen Staaten in Polen“, so Schwarz-Fuchs.

Dem Besuch in Polen folgte ein Gespräch mit dem ukrainischen Botschafter in Österreich, Wassyl Chymynez, im Parlament in der Wiener Hofburg. Botschafter Chymynez bedankte sich bei der Vorsitzenden der Länderkammer für die enorme Solidarität und Hilfsbereitschaft Österreichs.

„Sobald die Lage in der Ukraine wieder sicher ist, braucht die Ukraine Hilfe bei der Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur. Da sind Österreich und die anderen EU-Länder gefragt. Auch die Unterstützung von europäischen Kommunen für Gemeinden in der Ukraine kann dann viel bewegen“, so Schwarz-Fuchs.



Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs im Gespräch mit ukrainischen Geflüchteten

Fachgespräch: Zukunft von Wirtschaft und Arbeit

Wie kann der Abwanderung aus dem ländlichen Raum entgegengewirkt werden? Welche Chancen bieten Digitalisierung und Homeoffice? Stehen wir vor einer Zeitenwende für Wirtschaft und Arbeit? Diese Fragen stellten sich Expert:innen bei einem Fachgespräch zur Zukunft der Arbeits- und Fachkräftesituation in Österreich.

Die Chancen und Herausforderungen, die mit dem Strukturwandel des Arbeitslebens einhergehen, standen im Zentrum des Fachgesprächs, das auf Einladung von Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs am 10. Mai 2022 im Parlament in der Hofburg stattfand. Die eingeladenen Expert:innen tauschten sich über Möglichkeiten aus, die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeit insbesondere im ländlichen Raum zu optimieren, und somit Fachkräftemangel und Abwanderung entgegenzuwirken.

Schwarz-Fuchs: Flächendeckende und gute Kinderbetreuung ist der Standortfaktor schlechthin

Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs ging in ihren Einleitungsworten vor allem auf den Fachkräftemangel am Arbeitsmarkt ein. Da die Verfügbarkeit von Fach-

kräften in einer stark exportorientierten Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand darstelle, zeigte ein Mangel daran negative Folgen für den gesamten Standort Österreich, zeigte Schwarz-Fuchs auf.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, gelte es unter anderem, auf verstärkte Aus- und Weiterbildung sowie auf die Möglichkeiten, die die Digitalisierung biete, zu setzen. Außerdem habe die Coronapandemie zu einem Umdenken geführt, denn immer mehr – besonders jüngere – Beschäftigte würden den Wunsch äußern, ihr Familien- und Berufsleben besser in Einklang bringen zu wollen. Da kein Unternehmen auf gute Beschäftigte verzichten und sich keine Region Abwanderung leisten könne, brauche es eine flächendeckende und qualitätsvolle Kinderbetreuung, am besten bereits ab

dem ersten Geburtstag. Dies ist nach Auffassung der Bundesratspräsidentin der „Standortfaktor schlechthin“, da jeder in die Elementarbildung investierte Euro laut Studien später achtfach zurückkomme.

Fehr: Elementarpädagogik als Schlüssel zum Fortschritt

Der Erfolg von Österreich und seinen Regionen hänge elementar davon ab, wie gut es gelinge, Humankapital auszubilden, stellte der Verhaltensökonom Gerhard Fehr in seinem Vortrag fest. Es gebe keinen effizienteren und effektiveren Weg, dies zu fördern, als über frühkindliche Interventionen, gab er den politisch Verantwortlichen mit auf den Weg. Deshalb

sei Elementarpädagogik der Schlüssel sowohl für den gesellschaftlichen als auch für den individuellen Fortschritt.

Mischensky zeigt Lösungsvorschläge für Fachkräftemängel auf

Auch Claudia Mischensky, Vize-Generalsekretärin der Industriellenvereinigung, ortete einen veritablen Fachkräftemangel. Ihre Lösungsvorschläge reichten von einer Forcierung von frühen und altersadäquaten Berufsorientierungsangeboten, einer Modernisierung der Berufsschulen bis zu einer Imagekampagne für die Lehre, deren Qualität und Chancen besser vermittelt werden müssten.



(v. li) Reinhard Baumgartner, nÖGIG Service GmbH, Bundesrätin Andrea Michaela Schartel, AMS-Verwaltungsrätin Ursula Krepp, Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs, Moderatorin Julia Ortner, Vizepräsidentin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und Bundesrätin Korinna Schumann, Verhaltensökonom Gerhard Fehr, Vize-Generalsekretärin der Industriellenvereinigung Claudia Mischensky

Krepp tritt für Ausbau des Kinderbetreuungsangebots ein

Die Unternehmerin und AMS-Verwaltungsrätin Ursula Krepp plädierte für einen völlig neuen Zugang zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es brauche aus ihrer Sicht vor allem ein bundeseinheitliches, flexibles und durchgängiges Kinderbetreuungsangebot von 6 Uhr bis 19 Uhr und eine Lösung für die langen Sommerferien. Dafür müssten Länder und Gemeinden ausreichend Geld in die Hand nehmen.

Schumann über Pros und Kontra des Homeoffice

Bundesrätin Korinna Schumann (SPÖ) plädierte in ihrem Beitrag für eine klarere Regelung der Arbeit im Homeoffice. Bei all den Vorteilen des Homeoffice, die von einer höheren Flexibilität über das Einsparen langer Arbeitswege bis zu den neuen Chancen für den ländlichen Raum reichen, gebe es auch einige Fallstricke, gab Schumann zu bedenken. So komme es zu einer schädlichen Entgrenzung von Arbeit und Freizeit, die vorausgesetzte ständige Erreichbarkeit verunmögliche wirkliche Ruhepausen und die soziale Isolation könne zu einer Einschränkung der Karrierechancen führen. Homeoffice

sei Teil des großen Wandlungsprozesses der Digitalisierung, bei dem die Politik die Menschen begleiten müsse.

Baumgartner erörtert Chancen der Digitalisierung für die Gemeinden

Die Chancen des digitalen Wandels speziell für den ländlichen Raum standen im Zentrum der Ausführungen von Reinhard Baumgartner von der nöGIG Service GmbH. Es werde nicht möglich sein, jede kleine Gemeinde mit einer guten Autobahnanbindung auszustatten, so Baumgartner, ein bestmöglicher Zugang zur „Datenautobahn“ könne jedoch neue Chancen für die ländlichen Regionen erschließen.

Schartel: Keine Bekenntnisse, sondern Taten

Der ländliche Bereich sei zu lange vernachlässigt worden, erklärte Bundesrätin Andrea Michaela Schartel (FPÖ). Man könne von kommunalpolitischer Seite durchaus andeuten, vermehrt Verwaltungseinrichtungen in diese Gebiete zu transferieren. So könnten beispielsweise Bezirksgerichte zu Anziehungspunkten für Jurist:innen werden und somit zur Wiederbelebung einer Gemeinde beitragen, schlug Schartel vor.

Bundesrat im Bundesland mit Besuch in Liechtenstein

Im Rahmen von „Bundesrat im Bundesland“ war der Bundesrat im Mai 2022 in Vorarlberg zu Gast. Im Anschluss wurden die Mitglieder der Länderkammer im liechtensteiner Landtagsgebäude empfangen.

Landtagspräsident Harald Sonderegger begrüßte die rund zwanzig Bundesrät:innen in den Räumlichkeiten des Vorarlberger Landtages in Bregenz. Landesstatthalterin Barbara Schöbi-Fink, Landesrätin Katharina Wiesflecker und Landesrat Christian Gantner informierten die Mitglieder des Bundesrates im Beisein mehrerer Klubobleute über aktuelle Initiativen und Projekte der Landespolitik.

Insbesondere zu den Themen Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz, duale Lehrlingsausbildung und nachhaltige Tourismusstrategien fand ein reger Austausch statt.

„Für die Bundesrätinnen und Bundesräte ist es wichtig, sich einmal pro Halbjahr im Rahmen des ‚Bundesrates im Bundesland‘ vor Ort über die föderalen Projekte des



Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und Landtagspräsident Harald Sonderegger



„Für die Bundesrätinnen und Bundesräte ist es wichtig, sich vor Ort über die föderalen Projekte des vorsitzführenden Bundeslandes zu informieren. Die Erkenntnisse nehmen wir mit nach Wien und lassen sie in unsere parlamentarische Arbeit einfließen.“

**Bundratspräsidentin
Christine Schwarz-Fuchs**

vorsitzführenden Bundeslandes zu informieren. Die Erkenntnisse nehmen wir mit nach Wien und lassen sie in unsere parlamentarische Arbeit einfließen“, hielt Schwarz-Fuchs fest.

Landtagspräsident Sonderegger betonte die Wichtigkeit dessen, dass sich der Bundesrat vor Ort und aus erster Hand informiert: „Politik bedeutet, da zu sein für die Menschen und aufzunehmen, was sie brauchen, was sie sagen wollen. Unseren Bundesrätinnen und Bundesräten kommt sozusagen als ‚Verbindungsfrau bzw. Verbindungsmann‘, die Verantwortung zu, die Anliegen der Vorarlberger Bevölkerung in Wien zu vertreten.“

Im Anschluss empfing Landtagspräsident Albert Frick die Bundesrätinnen und Bundesräte im Landtagsgebäude in Liechtenstein. Einem Arbeitsgespräch mit Abgeordneten folgte eine Führung durch das Landtagsgebäude.

Familien- und Kinderrechte- ausschuss in Bregenz

Im Mai 2022 luden die Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und die Vorsitzende des Kinderrechteausschusses Daniela Gruber-Pruner zum Kinderrechtetag in Bregenz. Es fand ein Austausch zur Situation von Kindern und Jugendlichen im Rahmen aktueller Chancen und Herausforderungen statt.

Der Austausch in Bregenz fand zwischen den Mitgliedern der Bundesratsausschüsse und Vertreter:innen des Vorarlberger Landtages statt. Neben politischen Vertreter:innen nahmen auch Expert:innen wie die beiden Kinder- und Jugendanwältinnen Michael Rauch und Christian Netzer an dem Kinderrechtetag teil.

Im Zentrum des Austausches standen diesmal die Situation von Kindern und Jugendlichen nach zwei Jahren Pandemie sowie die Weiterentwicklung der Kinderrechte im Rahmen aktueller Chancen und Herausforderungen wie der Digitalisierung oder der Klimakrise.

„Wir sind besonders stolz auf die bisherigen Errungenschaften des Kinderrechteausschusses und seine einmalige Position“, so Schwarz-Fuchs und Gruber-

Pruner. Der Kinderrechteausschuss ist der jüngste Ausschuss des österreichischen Bundesrates und in diesem Bereich ein internationales Vorbild.

„Wir sind besonders stolz auf die bisherigen Errungenschaften des Kinderrechteausschusses.“

**Bundesratspräsidentin
Christine Schwarz-Fuchs**

Zweimal jährlich tagen der Ausschuss für Familie und Jugend sowie jener für Kinderrechte des Bundesrates im jeweiligen Vorsitzland. Dabei werden Gespräche mit politisch Verantwortlichen geführt. Ziel ist es, die Lebenssituation von Familien, Kindern und Jugendlichen in Österreich zu verbessern.

Gedenken als erinnernder Mahnruf

Anlässlich des Jahrestags der Befreiung des KZ Mauthausen wurde am 5. Mai 2022 der Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus begangen. In Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus luden Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs zu einem Gedenkakt in die Hofburg.

Als roter Faden zog sich der Aufruf durch die Veranstaltung, aus der Vergangenheit Lehren für das Handeln in der Gegenwart zu ziehen.

Die Hauptrednerin des Abends, die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel, betonte, dass antisemitische Stereotypen auch heute in der Gesellschaft aktiv seien und nur dann überwunden werden können, wenn antisemitischer Rede immer konsequent entgegengetreten werde, auch wenn es unbequem sei.

Schwarz-Fuchs: Aus der Vergangenheit lernen, bedeutet, in der Gegenwart handeln

Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs erinnerte daran, dass das Konzentrationslager Mauthausen, in dem mehr als 200.000 Menschen interniert waren, vor



77 Jahren am 5. Mai 1945 von der Armee der Vereinigten Staaten befreit wurde. Dieses Datum gilt seit 26 Jahren als Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.

Der Gedenktag solle als „mahnender Ruf“ dienen, um auch heute jeder Art von Gewalt und Erniedrigung entgegenzutreten,

erklärte Schwarz-Fuchs mit Verweis auf den Krieg in der Ukraine, dem man nicht tatenlos gegenüberstehen dürfe. Aus der Vergangenheit zu lernen bedeute, in der Gegenwart zu handeln. Deshalb gelte es Verantwortung zu übernehmen, für die Menschen, die aus der Ukraine nach Österreich und in andere Länder geflüchtet sind, so Schwarz-Fuchs.



Podiumsgespräch über die Frage, wie „Gedenken als erinnernder Mahnruf“ gestaltet werden kann

Eine in der KZ-Gedenkstätte Gusen aufgezeichnete Podiumsdiskussion mit Barbara Glück, Direktorin der KZ-Gedenkstätten Mauthausen und Gusen, Alexander Hauer vom Verein MERKWürdig – Zeithistorisches Zentrum Melk und der Leiterin des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Barbara Stelzl-Marx widmete sich dem Ankauf von Arealen in Gusen durch die Republik. Die neue Gestaltung der Gedenkstätte nannte Glück einen „Meilenstein für die Gedenkarbeit in Österreich“. Die Gedenkkultur in Österreich sei nun so weit fortgeschritten, ein Bewusstsein dafür schaffen zu können, dass Mauthausen nicht nur auf einen Ort reduziert werden könne, sondern an vielen Orten stattgefunden habe. 77 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers könne die Gedenkstätte mit dem heutigen Wissensstand neu gestaltet und so ein internationaler Ort der Erinnerung geschaffen werden, wobei auch die regionale Bevölkerung eingebunden werden solle, so Glück.

Stelzl-Marx sprach von der Fokussierung der österreichischen Gedenkkultur auf

das Konzentrationslager Mauthausen, wodurch ein ganzes Netzwerk von anderen Lagern in Österreich in den Hintergrund gerückt sei. Dieses gelte es in der Forschung miteinzubeziehen und das Wissen darüber auch in die Öffentlichkeit zu bringen. Stelzl-Marx ortete darin auch ein wichtiges Signal gegenüber den Nachkommen der Menschen, die im Lager ihr Leben verloren haben. Doch auch bei den Nachfahren der Täter:innen schlage sich die Zeit des Nationalsozialismus noch Generationen später nieder. Laut Stelzl-Marx sei es auch von Bedeutung, sich diesen Geschichten innerhalb der Familien zu stellen und sie aufzuarbeiten.

Wichtig dabei sei es, nicht mit dem Finger auf diese Generation zu zeigen, da wir selber nicht wissen, wie wir in dieser Zeit gehandelt hätten, ergänzte Hauer. Es sei entscheidend, das Vermächtnis der Opfer in unsere Gegenwart zu überführen und es im Alltag durch permanente Vermittlung mit unserer Lebensrealität zu verbinden. Die damaligen Vorgänge, wie auch der aktuelle Krieg in der Ukraine, würden zeigen, wie fragil unsere demokratischen Systeme seien und wie sorgsam wir deshalb mit unserer Form des Zusammenlebens umgehen müssen, so Hauer.

Schwarz-Friesel: Allen Manifestationen von Antisemitismus ist entschieden entgegenzutreten

Als Hauptrednerin der Gedenkfeier trat die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel von der Technischen Universität Berlin auf. Angesichts von Demagogie, Realitätsverdrehung, Demokratiezweifel und einem brutalen Krieg, in dem auch die letzten ukrainischen Schoahüberlebenden umgebracht werden, müsse man mit dem Kulturwissen-

schafter Fritz Stern von einer „Zeit der kulturellen Verzweiflung“ sprechen, sagte Schwarz-Friesel. Die „kollektive Emotion Judenhass“ sei überall in der Welt höchst präsent und aktiv. Judenfeindschaft sei auch keineswegs ein Randphänomen von Radikalen und Islamisten, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Klassischer Antijudaismus und uralte jüdenfeindliche Stereotypen seien nicht zuletzt im Internet weit verbreitet und fänden dort ein enormes Echo.



(v. li.) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel, Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

Sobotka: Gedenktage mahnen zur Übernahme von Verantwortung und zum Handeln

Mit der Frage „Sind im digitalen Zeitalter Gedenktage dieser Art noch zeitgemäß?“ leitete Nationalratspräsident Sobotka seine Schlussrede ein. Gedenken und Erinnern würden schwieriger, wenn Zeitzeug:innen fehlen und Geschichtsrevisionismus um sich greife. Vor allem gelte es zu vermeiden, dass sie zu „gedankenlosen, sinnentleerten, erstarrten Ritualen werden“, mahnte Sobotka.

Die Republik Österreich bekenne sich heute, nach einem langen und teilweise ignoranten Weg der Verdrängung und Leugnung, zur Verantwortung gegenüber der eigenen Geschichte. Die Aufarbeitung

der eigenen Geschichte sei aber längst nicht abgeschlossen. Das Mindeste, was man heute tun könne, sei es, zur Geschichte der Zweiten Republik, zur Geschichte der Länder, Städte und Gemeinden zu stehen.

Gefragt sei aber nicht nur das Reden, sondern das Handeln, denn „im Handeln liegt unsere Verantwortung“, schloss Sobotka. Mit dem Ankauf von Grundstücken auf dem Gelände des ehemaligen KZ Gusen habe die Republik Österreich gezeigt, dass sie handle und bereit sei, ihre Geschichte aufzuarbeiten.

Die Gedenkveranstaltung wurde live übertragen und ist in der Mediathek des Parlaments abrufbar.



Enquete: Die Zukunft dezentraler Lebensräume

In einer parlamentarische Enquete des Bundesrates beleuchteten am 1. Juni 2022 Expert:innen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft Herausforderungen und Zukunftsstrategien der ländlichen Regionen in Österreich.

Zur Debatte hatte Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs hochrangige Politiker:innen sowie namhafte Expert:innen aus dem In- und Ausland eingeladen. Als Keynotespeaker:innen referierten der ehemalige EU-Agrarkommissar Franz Fischler, Arbeitsminister Martin Kocher sowie Klimaschutz- und Energieministerin Leonore Gewessler über sozial gerechte und umweltverträgliche Möglichkeiten zur Stärkung der Regionen. In drei Panels gaben die geladenen Expert:innen Einblicke in Problemstellungen und Lösungsvorschläge zur Wohlstandssicherung abseits der Ballungszentren. Unter den Redner:innen waren etwa der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, der Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung Gabriel Felbermayr und Professorin Sibylla Zech von der Technischen Universität Wien. Die Fraktionsvorsitzenden des Bundesrates

stellten ihre Sicht auf die Zukunft dezentraler Lebensräume in eigenen Statements dar. Mehrfach wurde der Bedarf an Breitbandverbindungen im ländlichen Raum angesprochen, aber auch auf die Themen Verkehr, Energie, Bildung und Frauenförderung Bezug genommen.

Schwarz-Fuchs: Kinderbetreuung, Breitbandinternet und Ausbau der grünen Technologien zur Belebung der ländlichen Gebiete

Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs zeigte sich in ihrer Rede überzeugt davon, dass die peripheren Regionen eine bessere Perspektive für die Zukunft brauchen. Vor allem die Abwanderung von jungen Frauen und Familien aus den ländlichen Gemeinden wirke sich negativ auf das gesamte Sozial- und Wirtschaftsgefüge aus. Aus diesem Grund habe sie ebenso



wie ihre Vorgängerinnen und Vorgänger den ländlichen Raum in den Fokus ihrer Präsidentschaft gestellt. Aus Sicht von Schwarz-Fuchs gibt es eine Reihe von entscheidenden Faktoren, die dazu beitragen könnten, die ländlichen Regionen zu beleben und positive Zukunftsperspektiven für die Bevölkerung vor Ort zu schaffen. Als Beispiele nannte sie die Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen Elementarbildung sowie von ganztägigen Kinderbetreuungsangeboten, einen flächendeckenden Zugang zu Breitbandinternet, gute Verkehrsverbindungen sowie eine wohnortnahe ärztliche Versorgung. Die Bundesratspräsidentin gab auch zu bedenken, dass die Vereinbarkeit

von Familie und Beruf zu einem wichtigen Faktor im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte geworden sei. Der Fachkräftemangel habe negative Auswirkungen auf die betroffenen Betriebe, Branchen und Regionen sowie auf den gesamten Standort Österreich. Als zielführende Maßnahmen dagegen werde von vielen Expert:innen eine verstärkte Aus- und Weiterbildung, insbesondere im Bereich der Lehrlinge, angeführt. Auch wenn das duale Ausbildungssystem in Österreich sehr anerkannt sei, brauche es noch Verbesserungen, vor allem in Bezug auf die frühkindliche Bildung, meinte Schwarz-Fuchs. Da es im Bereich der Elementarpädagogik aber auch einen Personalman-

(v. li.) Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung Gabriel Felbermayr, Vorarlberger Landtagspräsident Harald Sonderegger, Univ.-Prof. TU Wien Sibylla Zech, Professor für Volkswirtschaftslehre und Regionalmanagement an der Hochschule für angewandtes Management Markus Lemberger, Rektorin der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz Brigitte Hütter, Arbeitsminister Martin Kocher, Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs, Klimaministerin Leonore Gewessler, EU-Kommissar a. D. Franz Fischler

gel gebe, seien innovative Ideen gefragt, wie etwa die Einführung einer Lehre für Assistenzkräfte analog zum Modell in der Pflege.

Eine große Chance liege zudem in der Förderung der grünen Technologien, die nicht nur im Sinne des Klimaschutzes wichtig seien, sondern auch zur Schaffung von vielen neuen und nachhaltigen Jobs in der Stadt und am Land beitragen können. Viele dieser Themen würden natürlich nicht nur die ländlichen Regionen betreffen, sondern auch die städtischen Gebiete. Es gehe daher nicht um eine Konkurrenz zwischen Stadt und Land, sondern um eine Kooperation im gemein-

samen Interesse und ein Miteinander auf Augenhöhe. Bildung, Ausbildung, Forschung und technologische Entwicklung würden schließlich allen Regionen Chancen für die Zukunft bieten, betonte die Bundesratspräsidentin.

Die Enquete wurde live in der Mediathek des Parlaments übertragen und ist dort als Video-on-Demand abrufbar.



Der Rechts-, Legislativ- und Wissenschaftliche Dienst der Parlamentsdirektion hat zum Thema der Enquete ein Fachdossier erstellt.



Infobox

Auf Beschluss des Bundesrates können parlamentarische Enqueten durchgeführt werden. Sie dienen der Information der Mitglieder des Bundesrates in Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Bundesrates fallen.

Im Verlauf einer Enquete, der auch die Einholung einer schriftlichen Stellung-

nahme vorangehen kann, werden Sachverständige und andere Auskunftspersonen angehört. Teilnehmende Mitglieder des Bundesrates können das Wort ergreifen. Inhaltliche Beschlüsse werden im Rahmen einer Enquete nicht gefasst. Enqueten sind, sofern der Bundesrat nichts anderes beschlossen hat, für Vertreter:innen der Medien zugänglich.

45 Jahre Volksanwaltschaft

Anlässlich des 45-Jahr-Jubiläums der Volksanwaltschaft fand am 8. Juni 2022 ein gemeinsamer Festakt von Volksanwaltschaft und Parlament statt. Die Veranstaltung wurde mit Grußworten von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs eröffnet.

Zur Feier des Bestandsjubiläums der Volksanwaltschaft luden Nationalratspräsident Sobotka und Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs hochkarätige Gäste in den Redoutensaal der Hofburg. Bundespräsident Alexander Van der Bellen hob in einer Grußbotschaft hervor, dass die Volksanwaltschaft den Menschen in Österreich kompetent vielfältige Unterstützung biete und seit Jahrzehnten ein Garant für rasche und unkomplizierte Hilfe im Umgang mit der staatlichen Verwaltung sei.

Schwarz-Fuchs: Volksanwaltschaft als „Bindemittel zwischen Bürger:in und Staat“

In ihrer Eröffnungsrede betonte Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs, dass die gesetzgebenden Organe maßgeblich von den Erfahrungen der Volksanwaltschaft

profitieren. Sie bezog sich dabei nicht nur auf die Bundesebene, sondern verwies auch auf den großen Nutzen in Ländern und Gemeinden, in denen die Volksanwaltschaft oft als „Schlichtungsstelle“ auftrete. Besonders auf regionaler Ebene bilde das Kontrollorgan gleichsam ein „Bindemittel zwischen Bürger:in und Staat“, indem es Unverständlichkeiten im Verwaltungsapparat ausräume.

Sobotka: Volksanwaltschaft stärkt Vertrauen in den Staat

Eine „Erfolgsgeschichte“ nannte Nationalratspräsident Sobotka die Entwicklung der Volksanwaltschaft seit ihrer Gründung 1977. Zunächst noch als zeitlich befristetes Provisorium gestaltet, habe die Organisation mit ihrer Tätigkeit im Dienste der Menschen bald großes Vertrauen in der Bevölkerung gewonnen. Für

Parlamentarier:innen biete die Volksanwaltschaft durch ihre jährlich in Berichten zusammengefasste Arbeit wertvolle Einblicke und helfe, nach der Maxime „wo muss staatliches Verwaltungshandeln besser werden“, systemische Korrekturen in Gesetzesmaterien vorzunehmen.

Volksanwaltschaft: 45 Jahre Arbeit für die Menschen

Die Volksanwaltschaft ist in Österreich zu einem Fixpunkt der Gesellschaft geworden. Vor 45 Jahren wurde sie als Kontrollorgan des Nationalrates verfassungsrechtlich verankert. Seitdem dient sie

Bürger:innen als Anlaufstelle bei Problemen mit Behörden.

Seit 1977 steht die Volksanwaltschaft allen Menschen unabhängig von Alter, Nationalität und Wohnsitz zur Seite, wenn sie sich von österreichischen Behörden nicht gerecht behandelt fühlen. 2012 erhielt die Volksanwaltschaft auch das verfassungsgesetzliche Mandat zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte. Im Jahr 2021 wandten sich mehr als 23.600 Menschen mit ihren Anliegen an die Volksanwaltschaft, die daraufhin 11.516 neue Prüfverfahren führte.



(v. li.) Volksanwalt Bernhard Achitz, Volksanwalt Werner Amon, Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Judith Kohlenberger vom Institut für Sozialpolitik der WU Wien, Präsident des International Ombudsman Institute Chris Field, Volksanwalt Walter Rosenkranz

Zukunftsperspektiven für die regionale Mobilität

Um die Anforderungen für einen flächendeckenden Verkehr in Österreich zu beleuchten, luden Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Verkehrsverbund-Organisationsgesellschaften (ARGE ÖVV) zu einer Diskussionsveranstaltung in der Hofburg ein.

Das Expert:innengespräch zum Thema „Regionale Mobilität mit Zukunft – Mobilitätsverbündete Österreich“ fand am 21. Juni 2022 im Parlament in der Hofburg statt. Die bundesweite Sicherstellung eines nachhaltigen und attraktiven Mobilitätsangebots durch die Nutzung überregionaler Synergien war zentrales Thema des Abends.

Schwarz-Fuchs: Gutes öffentliches Verkehrssystem ist Lebensader des ländlichen Raums

In ihren Eröffnungsworten sprach Schwarz-Fuchs die Problematik der Abwanderung aus dem ländlichen Raum an, die sich negativ auf das gesamte dortige Sozial- und Wirtschaftsgefüge auswirke. Ein wesentlicher Faktor für die Bereitschaft speziell junger Menschen, sich an einem Ort niederzulassen, sei eine

gute Verkehrsanbindung. Diese stelle die Grundvoraussetzung dar, um in angemessener Zeit den Arbeitsplatz zu erreichen, Kinder zur Schule zu bringen oder Freizeiteinrichtungen aufzusuchen. Ohne eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln würden diese Wege mit dem Auto zurückgelegt, was nicht nur dem Klima schade, sondern auch für Familien eine Herausforderung darstelle. Daher sei ein leistbares, klima- und benutzerfreundliches öffentliches Verkehrssystem „die Lebensader der ländlichen Regionen“, so Schwarz-Fuchs.

Bis dahin gebe es allerdings noch viel zu tun, was etwa die Sammlung und Auswertung von Verkehrsdaten zur Optimierung von Abläufen oder die Entwicklung einer österreichweit einheitlichen Onlineverkehrsinformationsplattform betreffe. Der Zusammenschluss der sieben



Verkehrsverbände arbeite daran, öffentliche Mobilität in allen Regionen Österreichs nachhaltig sicherzustellen. Dies würde auch zu mehr Chancengleichheit für die peripheren Regionen führen und dafür sorgen, dass deren Bürger:innen den Anschluss nicht verlieren – weder an die öffentlichen Verkehrsmittel, noch an die Zukunft, wie Schwarz-Fuchs ausführte.

Gewessler: Klimafreundliche Mobilität auch in den Regionen

Nach der Eröffnung durch Schwarz-Fuchs richtete Klima- und Verkehrsministerin Leonore Gewessler ihre Grußworte in einer Videobotschaft an die Teilnehmer:in-

nen. Um künftigen Generationen ein gutes Leben in einer intakten Umwelt zu ermöglichen, sei es notwendig, gemeinsam und flächendeckend an einer klimaneutralen Zukunft zu arbeiten, erklärte die Ministerin. Sie bat alle Anwesenden, sich auch weiterhin für eine klimafreundliche Mobilität stark zu machen.

Verkehrslandesräte: Ausbau öffentlicher Mobilität braucht massiven Kraftakt aller Gebietskörperschaften

Vor der Podiumsdiskussion wurde in mehreren Präsentationen die Entstehung, Entwicklung und Zukunft der heimischen Mobilitätsverbände beleuchtet. Als Ver-

treter der ARGE ÖVV referierten dazu Wolfgang Schroll, Stefan Mayr, Alexander Klein und Christian Hillbrand.

Die Verkehrslandesräte aus Salzburg und Niederösterreich, Stefan Schnöll und Ludwig Schleritzko, brachten sich per Videoeinspielungen in die Expert:innen-gespräche ein und sprachen über die Perspektiven der Regionen zur Mobilitätsentwicklung. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und des überbordenden Verkehrsaufkommens in den Bundesländern brauche es einen „massiven Kraftakt“ aller Gebietskörperschaften, um den öffentlichen Verkehr entsprechend auszubauen, sagte Schnöll. Ein gut ausgebauten öffentliches Netz bedeute auch eine

bessere Lebensqualität und bilde eine Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft, erklärte Schnölls niederösterreichischer Amtskollege Ludwig Schleritzko.

Podiumsdiskussion über die Herausforderungen des öffentlichen Mobilitätsausbaus

Als „Bahnland Nummer eins“ habe Österreich beim Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes vieles richtig gemacht, konstatierte Hillbrand, Präsidiumsmitglied der Mobilitätsverbände Österreich und Geschäftsführer der Verkehrsverbund Vorarlberg GmbH. Es stelle bereits eine attraktive Alternative zum Individualverkehr dar, doch noch würde die über-



wiegende Mehrheit der Fahrten mit dem Auto zurückgelegt.

Der Vorstandsdirektor der Sparte Mobilität und Freizeit der Holding Graz Mark Perz ging auf die Situation in der Steiermark ein, wo die Neuaufstellung der Verkehrsverbindungen der Schlüssel für die Bewältigung der Mobilitätswende sei. Um die Zahl der Fahrten im Individualverkehr zu senken, sei es notwendig, ein besseres öffentliches Angebot für die Kund:innen zu schaffen und dieses mit den Möglichkeiten der Digitalisierung zu verknüpfen. Er sprach vom Zusammenspiel neuer Mobilitätsformen wie dem Carsharing, bei dem bereits die Hälfte der Flotte elektrobetrieben funktioniere.

Sabine Stock, Vorstandsmitglied der ÖBB-Personenverkehr AG, zeigte sich erfreut über die steigende Zahl an Fahrgästen in der Bahn. Dieser schnelle Anstieg habe an den Bahnhöfen laut Stock zwar nicht zu einem Kapazitätsproblem, aber zu einem Steuerungsproblem geführt, wie an den überfüllten Zügen ersicht-

lich wurde. Um solche Überfrequenzen bzw. Überlastungen und in weiterer Folge Sicherheitsräumungen der Züge zu vermeiden, gelte es, das Informationsangebot auszubauen und zur Kompensation an „Starklastwochenenden“ etwa Busse einzusetzen.

Der Zusammenschluss der regionalen Verkehrsverbände sei ein bedeutendes Ereignis für den Bereich der öffentlichen Mobilität, konstatierte Nationalratsabgeordneter Johannes Margreiter (NEOS). Er sprach von einem notwendigen Integrationsschritt, da es viel zu tun gebe – vor allem auch im logistischen Bereich, um einen rechtlichen Rahmen für die Weiterentwicklung zu schaffen. Der Individualverkehr gehe für ihn mit einem „völlig ineffizienten Energieeinsatz“, unnötigen Platzverbrauch und Umweltschädigung einher, weshalb alleine zur Ressourcenschonung ein attraktives öffentliches Angebot als Alternative geschaffen werden müsse, so Margreiter im Rahmen der Podiumsdiskussion.

(v. li.) ARGE ÖVV Präsidiumsmitglied Wolfgang Schroll, ARGE ÖVV Geschäftsleiter Alexander Klein, Vorstandsdirektor Mobilität und Freizeit der Holding Graz Mark Perz, ARGE Präsidiumsmitglied Christian Hillbrand, Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs, VAO Geschäftsführer Stefan Mayr, Nationalratsabgeordneter Johannes Margreiter, Moderator Gerald Gross, Vorstandsmitglied ÖBB-Personenverkehr AG Sabine Stock

Abschiedsrede: Stärkung der Regionen unterstützen

„Unsere ländlichen Regionen fit für die Zukunft machen“: Diese Motivation prägte die Vorarlberger Bundesratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022, fasste Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs in ihrer Abschiedsrede im Plenum zusammen.

Das globale Phänomen der Abwanderung vom Land in die Städte habe sie bei unzähligen Gesprächen, mehreren Fachtagungen sowie Arbeitsbesuchen im In- und Ausland erörtert, so Schwarz-Fuchs in ihrer Abschiedsrede. Als wesentliche Ursache sowohl für die Landflucht als auch für den bestehenden Fachkräftemangel nannte sie „das unzureichende Angebot an Kinderbetreuung“. Die Einigung zwischen Bund und Ländern zur Kindergartenfinanzierung mit 200 Mio. Euro jährlich bis 2026/27 begrüßte die scheidende Präsidentin vor diesem Hintergrund. Damit werde der Ausbau der Elementarpädagogik weiter vorangetrieben.

Breitbandausbau forcieren

Grundsätzlich, hielt Präsidentin Schwarz-Fuchs fest, habe die Coronapandemie ein neues Licht auf die Zukunft dezentraler Lebensräume geworfen. Einerseits leide besonders die Tourismuswirtschaft unter dem Verlust von Arbeitskräften nach mehreren pandemiebedingten Einschränkungen, andererseits hätten viele Betriebe die Telearbeit als neue Möglichkeit entdeckt. In diesem Zusammenhang forderte sie einen weiteren Ausbau „von Breitbandinternet bis in das kleinste Dorf hinein“. Besonders gut ausgebildete Frauen würden davon am Arbeitsmarkt profitieren, da das Homeoffice die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtere. Als weiteren Punkt ihrer arbeitsmarktpolitischen Erwartungen führte Schwarz-Fuchs die verstärkte Aus- und Weiterbildung im Bereich der Lehre an. Die „Zukunftskammer Bundesrat“ soll ihrer Ansicht nach nicht nur neue Perspektiven entwickeln, sondern auch die Umsetzung der „daraus gewonnenen Erkenntnisse“ einfordern.

Globale Herausforderungen

Ausführlich berichtete Schwarz-Fuchs von ihrem Besuch in den USA und von ihren Zusammentreffen mit Vertreter:innen des Exekutivbüros des Weißen Hauses, mit Senator:innen und Kongressabgeordneten sowie mit leitenden Repräsentant:innen der Vereinten Nationen. Themen der Unterredungen bildeten unter anderem Hilfsprogramme für die ländliche Entwicklung, Potenziale und Risiken der Digitalisierung, Altenpflege, neue Ansätze für die duale Ausbildung, Frauenarmut und die humanitäre Situation in der Ukraine.



„Dieser Krieg hat unermessliches Leid für die ukrainische Bevölkerung gebracht“, berichtete sie von erschütternden Eindrücken in dem von ihr besuchten polnischen Flüchtlingslager an der Grenze zur Ukraine. Neben der Coronakrise sei durch den russischen Angriffskrieg ein neues geopolitisches Problem entstanden. Die Gewährleistung einer ausreichenden Gasversorgung für Privathaushalte und die Industrie sei eine „Herausforderung“, ebenso wie das Überbrücken unterbrochener Lieferketten, „die die Wirtschaft und unser aller Leben beeinträchtigen“. Dazu komme noch die steigende Inflation.

Als Bundesratspräsidentin sei ihr der direkte Kontakt mit den Menschen äußerst wichtig gewesen, betonte Schwarz-Fuchs, „um zu hören, wo es Probleme gibt und wo wir als Bundesrat in Zukunft etwas bewirken können“. Politiker:innen hätten ungeachtet dessen der Bevölkerung zu vermitteln, dass nicht jede Krise zur Gänze „durch den Staat aufgefangen werden kann“. Abschließend appellierte sie, „politische Vorverurteilung und mediale Hetze“ gegenüber Politiker:innen zu unterlassen. Ansonsten würden sich kaum noch „integre Persönlichkeiten aus den verschiedensten Bereichen“ in der Politik engagieren wollen.

National und international vernetzt

Im Rahmen ihres Vorsitzes traf Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs österreichische und internationale Spitzenpolitiker:innen sowie Vertreter:innen aus Wirtschaft, Religion und Kultur und stärkte damit das Netzwerk des Bundesrates.





- 1) Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und Bundeskanzler Karl Nehammer
- 2) Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und Volksanwalt Walter Rosenkranz
- 3) Finanzminister Magnus Brunner und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs
- 4) Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und der Botschafter der Schweiz Walter Haffner

- 5) Besuch der Parlamentarier:innendelegation aus der Schweiz
- 6) Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs
- 7) Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und die Ministerin für Frauen und Integration Susanne Raab
- 8) Sozial- und Gesundheitsminister Johannes Rauch und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs



9) Der ukrainische Botschafter Wassyl Chymynez und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

10) Außenminister Alexander Schallenberg und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

11) Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und Kardinal Christoph Schönborn



12



13



15



14



16

- 12) Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und ungarische Staatspräsidentin Katalin Novák
- 13) Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und Vorsitzender des EU-Ausschusses des tschechischen Senats David Smoljak
- 14) Bildungsminister Martin Polaschek und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

- 15) Bundesminister für Inneres Gerhard Karner und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs
- 16) Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Leonore Gewessler und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs



17) Vizekanzler Werner Kogler und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

18) Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und die Botschafterin von Liechtenstein Maria-Pia Kothbauer

19) Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und Staatssekretärin Claudia Plakolm

20) Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und der Präsident der Werchowna Rada

der Ukraine Ruslan Stefantschuk

21) (v. li) Bundesratsvizedirektorin Alice Alsharant, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Oskar Deutsch, Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und Vizepräsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Claudia Prutscher

22) Staatssekretärin Susanne Kraus-Winkler und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs



23) Arbeitsminister Martin Kocher und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs



24) Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und US-Botschafterin Victoria Reggie Kennedy



25) Italienischer Botschafter Stefano Beltrame und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs



26) Parlamentspräsident der Republik Armenien Alen Simonjan und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs



27) Ungarischer Botschafter Andor Nagy und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs



28) Treffen in Indien (v. li.) Präsident des Lok Sabha Om Birla, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

26) Parlamentspräsident der Republik Armenien

Bundesratspräsidium in den Vereinigten Staaten

Im Mai 2022 hielt sich Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs zusammen mit der Präsidiare der Länderkammer zu einem Besuch in den Vereinigten Staaten auf. In Washington, New York und Philadelphia standen zahlreiche offizielle Treffen auf dem Programm.

Im Executive Office Building des Weißen Hauses traf die Delegation zunächst mit Berater:innen und Expert:innen der US-Regierung zusammen. Themen waren dabei die Entwicklungen des Lebens- und Arbeitsumfelds im ländlichen Raum, die wirtschaftlichen Entwicklungen beider Länder, der Fachkräftemangel und die Potenziale der dualen Ausbildung, aber auch Altenfürsorge, Kinderbetreuung und die durch den Krieg in der Ukraine bedrohte weltweite Versorgung mit Nahrungsmitteln.

In weiteren, jeweils einzelnen Gesprächen mit Senator John Boozman (Republikanische Partei), Senator John Hickenlooper (Demokratische Partei) und Congressman Brian Mast (Republikanische Partei) standen die Entwicklung der ländlichen Regionen in den USA und in Österreich, der Fachkräftemangel und die Situation

von Frauen am Arbeitsmarkt sowie die Herausforderungen für Familien und die Kinderbetreuung im Fokus. Das österreichische Modell der dualen Ausbildung stieß bei den US-Parlamentariern auf besonderes Interesse. Auch der Krieg in der Ukraine war ein wesentlicher Gegenstand der Gespräche. Darüber hinaus tauschten sich die Mandatar:innen der beiden Länder über aktuelle Herausforderungen für Parlamente und demokratische Systeme, Ansätze für den Arbeitsmarkt und Risiken der Digitalisierung aus.

In der österreichischen Botschaft in Washington traf die österreichische Delegation mit Botschafter Martin Weiss und Vertreter:innen der National Institutes of Health zusammen, um sich über die Folgen von Covid-19 und das US-Gesundheitssystem zu informieren.



Mit Vertreter:innen des Atlantic Council, einer überparteilichen Organisation zur Entwicklung von Lösungen für globale Herausforderungen, sprach die Präsidiale der Länderkammer über Regulierungsfragen zu sozialen Medien sowie die Gefahr von Desinformation für demokratische Systeme.

Aussprachen mit Vertreter:innen der UNO über weltweite Situation der Frauen

In New York informierte sich die Bundesratsdelegation eingangs bei Volker

Türk, Generalsekretär für strategische Koordination im UN-Sekretariat und höchstrangiger Österreicher bei den Vereinten Nationen, über die anstehenden Herausforderungen der UNO hinsichtlich Klimawandel, Lebensmittelversorgung, Umweltverschmutzung, Migration und globale Sicherheit. Er informierte die Bundesrät:innen über den laufenden Reformprozess der UNO „Our Common Agenda“, für den er in führender Rolle tätig ist. „Ich freue mich, dass das Vertrauen junger Menschen in die UNO nach wie vor sehr hoch ist. Die UNO steht mit der Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für

Treffen im Executive Office Building. Rechte Tischhälfte: Österreichische Delegation unter der Leitung von Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs. Linke Tischhälfte: Delegation der USA

nachhaltige Entwicklung vor großen Herausforderungen, für die sie insbesondere den Rückhalt der jungen Generation braucht“, betonte Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs.

Anschließend tauschten sich die Vertreter:innen der Länderkammer mit der stellvertretenden Generalsekretärin der Vereinten Nationen Amina Mohammed über aktuelle Schwerpunkte der UNO aus. Nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte und Fragen der Gleichstellung, insbesondere gendergerechte Bildung, standen dabei im Mittelpunkt.

Mit Åsa Regnér, Direktorin der UN Women, sprachen die Bundesrät:innen über Frauenarmut, die durch Teilzeitarbeit und Nachteile im Pensionssystem verursacht wird, sowie über die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung.

Die weltweite Situation von Kindern in Armut, der Kampf gegen Hungersnöte und wichtige Impfprogramme standen im Fokus der Gespräche mit Genevieve



Boutin, der stellvertretenden Programmdirektorin von UNICEF. Die Bundesrät:innen tauschten sich zudem über die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Ukraine und über geflüchtete junge Menschen aus.

„Der Krieg in der Ukraine war Teil all unserer Gespräche in Washington und New York. Die Auswirkungen auf die weltweite Ernährung, die Flüchtlingsbewegungen, insbesondere bei Frauen und Kindern, sowie die neue Sicherheitslage in Europa werden von den USA und der UNO natürlich mit hoher Aufmerksamkeit verfolgt“, hielt die Bundesratspräsidentin fest.



Austausch mit Rabbiner Arthur Schneier

Den Schlusspunkt in New York setzte die Delegation mit einem Besuch bei Oberrabbiner Arthur Schneier, dem religiösen Oberhaupt der Park East Synagoge. Schneier floh im November 1938 von Wien nach Budapest, wo er den Holocaust überlebte. 1947 wanderte er in die USA aus. Um das Gedenken an die Shoah und die Erziehung junger Menschen nach den Werten gegenseitigen Respekts weiter aufrechtzuhalten, appel-

lierte er, nicht mehr den Begriff „Toleranz“ zu verwenden, sondern vielmehr von „gegenseitiger Akzeptanz und gegenseitigem Respekt“ zu sprechen. „Rabbi Schneier zeigte sich erfreut über Österreichs Bemühungen, das Gedenken an den Holocaust aufrechtzuerhalten und an die nächsten Generationen weiterzugeben. Gerade die Eröffnung der neuen Gedenkstätte im Konzentrationslager Gusen bei Mauthausen ist ein wichtiges Zeichen dafür“, betonte Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs.

(links) Gespräch mit der stv. Generalsekretärin der Vereinten Nationen Amina Mohammed
(rechts) Rabbi Arthur Schneier und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

Zahlen und Fakten

2. Halbjahr 2021

| Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates | |
|---|------------|
| Sitzungen | 9 |
| Gemeinsame Sitzungen NR/BR | - |
| Bundesversammlung | - |
| In Verhandlung genommen | |
| Gesetzesbeschlüsse | 111 |
| davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG | 3 |
| davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG | - |
| sonstige Zustimmungen | - |
| davon Einsprüche | - |
| davon 8-Wochen-Fristablauf | 4 |
| Ablehnung im Plenum | 4 |
| Übergang zur Tagesordnung | - |
| Stimmgleichheit | - |
| Staatsverträge | 12 |
| davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG | 3 |
| davon Zustimmungen nach Art. 5 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG | - |
| davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG | - |
| davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG | - |
| davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen | 3 |
| sonstige Zustimmungen | - |
| Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder | 4 |
| Berichte der Volksanwaltschaft | 1 |
| Selbstständige Anträge | 16 |

| | |
|--|----|
| davon Gesetzesanträge | - |
| davon Selbständige Entschließungsanträge | 15 |
| Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR | - |
| eine dem Ausschussbericht angeschlossene Entschließung | 1 |
| Petitionen | - |
| Eingebracht | |
| Schriftliche Anfragen | 81 |
| davon Dringliche Anfragen | 6 |
| Besprechungen von Anfragebeantwortungen | - |
| Selbständige Anträge | 1 |
| davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung | - |
| davon Gesetzesanträge | - |
| davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG | - |
| davon Selbständige Entschließungsanträge | - |
| Unselbständige Entschließungsanträge | 38 |
| davon angenommen | 1 |
| Anträge, Einspruch zu erheben | - |
| Abänderungsanträge | - |
| Fristsetzungsanträge | - |
| davon angenommen | - |
| Sonstiges | |
| Erklärungen von Landeshauptleuten | 1 |
| Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung | 2 |
| Fragestunden | 1 |
| Aktuelle Stunden | 4 |
| Durchführung einer Enquete | 1 |

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates

| | |
|--|---|
| EU-Ausschuss | 6 |
| Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG | - |
| Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG | - |
| Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG | 1 |
| Ausschussfeststellungen | - |
| Aktuelle Aussprachen | 1 |
| Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz | 6 |
| Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten | 2 |
| Ausschuss für Bürger:innenrechte und Petitionen | 2 |
| Ausschuss für Familie und Jugend | 3 |
| Finanzausschuss | 5 |
| Geschäftsordnungsausschuss | 1 |
| Gesundheitsausschuss | 6 |
| Gleichbehandlungsausschuss | 1 |
| Ausschuss für innere Angelegenheiten | 5 |
| Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft | 5 |
| Justizausschuss | 4 |
| Kinderrechteausschuss | 1 |
| Landesverteidigungsausschuss | 4 |
| Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft | 4 |
| Ausschuss für Sportangelegenheiten | 1 |
| Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur | 4 |
| Umweltausschuss | 2 |
| Unterrichtsausschuss | 4 |
| Unvereinbarkeitsausschuss | 2 |
| Ausschuss für Verfassung und Föderalismus | 3 |
| Ausschuss für Verkehr | 5 |
| Wirtschaftsausschuss | 6 |
| Ausschuss für Wissenschaft und Forschung | 2 |
| Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948 | - |

Zahlen und Fakten

1. Halbjahr 2022

| Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates | |
|---|-----------|
| Sitzungen | 6 |
| Gemeinsame Sitzungen NR/BR | - |
| Bundesversammlung | - |
| In Verhandlung genommen | |
| Gesetzesbeschlüsse | 86 |
| davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG | 6 |
| davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG | - |
| sonstige Zustimmungen | 1 |
| davon Einsprüche | 1 |
| davon 8-Wochen-Fristablauf | - |
| Ablehnung im Plenum | - |
| Übergang zur Tagesordnung | - |
| Stimmgleichheit | - |
| Staatsverträge | 12 |
| davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG | - |
| davon Zustimmungen nach Art. 5 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG | - |
| davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG | - |
| davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG | 1 |
| davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen | 2 |
| sonstige Zustimmungen | - |
| Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder | 9 |
| Berichte der Volksanwaltschaft | - |
| Selbstständige Anträge | 2 |

| | |
|--|----|
| davon Gesetzesanträge | - |
| davon Selbständige Entschließungsanträge | 1 |
| Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR | - |
| eine dem Ausschussbericht angeschlossene Entschließung | - |
| Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG | 1 |
| Petitionen | - |
| Eingebracht | |
| Schriftliche Anfragen | 41 |
| davon Dringliche Anfragen | 2 |
| Besprechungen von Anfragebeantwortungen | 1 |
| Selbständige Anträge | 1 |
| davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung | - |
| davon Gesetzesanträge | - |
| davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG | - |
| davon Selbständige Entschließungsanträge | - |
| Unselbständige Entschließungsanträge | 49 |
| davon angenommen | 5 |
| Anträge, Einspruch zu erheben | 1 |
| Abänderungsanträge | - |
| Fristsetzungsanträge | - |
| davon angenommen | - |
| Sonstiges | |
| Erklärungen von Landeshauptleuten | 1 |
| Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung | 2 |
| Fragestunden | - |
| Aktuelle Stunden | 5 |
| Durchführung einer Enquete | 1 |

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates

| | |
|--|---|
| EU-Ausschuss | 6 |
| Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG | 1 |
| Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG | 1 |
| Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG | 5 |
| Ausschussfeststellungen | - |
| Aktuelle Aussprachen | 2 |
| Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz | 5 |
| Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten | - |
| Ausschuss für Bürger:innenrechte und Petitionen | 1 |
| Ausschuss für Familie und Jugend | 4 |
| Finanzausschuss | 6 |
| Geschäftsordnungsausschuss | - |
| Gesundheitsausschuss | 6 |
| Gleichbehandlungsausschuss | 1 |
| Ausschuss für innere Angelegenheiten | 2 |
| Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft | 1 |
| Justizausschuss | 2 |
| Kinderrechteausschuss | - |
| Landesverteidigungsausschuss | 2 |
| Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft | 2 |
| Ausschuss für Sportangelegenheiten | - |
| Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur | - |
| Umweltausschuss | 2 |
| Unterrichtsausschuss | 2 |
| Unvereinbarkeitsausschuss | 2 |
| Ausschuss für Verfassung und Föderalismus | 2 |
| Ausschuss für Verkehr | 3 |
| Wirtschaftsausschuss | 5 |
| Ausschuss für Wissenschaft und Forschung | 1 |
| Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948 | - |

Bildnachweis

- © **Parlamentsdirektion/Michael Buchner:** S. 6
- © **Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen:** S. 17, 27, 29, 41, 42, 54 (3), 57 (17), 63, 64, 71, 93, 95, 96, 105 (26)
- © **Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser:** S. 31, 50, 54 (1), 55 (4, 6, 7), 56 (9, 11), 57 (14), 75, 77, 100 (2, 3, 4), 101 (4, 6, 7, 8), 102 (10, 11), 103 (12, 14, 15, 16), 104 (19, 21, 22), 105 (23, 24, 25), 107, 108
- © **Parlamentsdirektion/Anna Rauchenberger:** S. 55 (5), 56 (10), 73, 102 (9), 103 (13)
- © **Parlamentsdirektion/Manja Seebacher:** S. 109
- © **Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS:** S. 8, 10–13
- © **Parlamentsdirektion/Thomas Topf:** Cover, S. 2–3, 36, 37, 40, 46, 47, 53, 56 (8), 99, 104 (18, 20), 118–119
- © **Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser:** S. 14–15, 32, 49, 79, 101 (5)
- © **Parlamentsdirektion/Johannes Zinner:** S. 18, 24, 25, 34, 48, 54 (2), 57 (15, 16), 60–61, 85, 87, 90, 105 (27)
-
- © **Ravi Batra:** S. 105 (28)
- © **Paul Faith:** S. 59
- © **Carina Karlovits:** S. 57 (13)
- © **Peter Lechner/HBF:** S. 51
- © **Kit Oates:** S. 56 (12)
- © **Rex Media Limited:** S. 58
- © **Shervin Sardari:** S. 104 (17)
- © **Dragan Tatic:** S. 100 (1)
- © **Vorarlberger Landtag:** S. 81, 82

Impressum

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin: Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Redaktion: Thomas Neuhauser, Tamara Oberleiter, Gregor Panis

Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung): Pia Wiesböck

Korrektorat: Gerlinde Steininger

Druck: Parlamentsdirektion | Wien, im September 2022

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu recherchieren. Falls Sie diesbezüglich Rechtsansprüche haben, bitten wir Sie, sich mit uns unter photo@parlament.gv.at in Verbindung zu setzen.

ZU GANZHETTLICHER IDEALITÄT





